

Vertrag über die
Bereitstellung und
Einführung eines
Dokumentenmanagementsystems

Vertrag

zwischen der

Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft mbH

vertreten durch die Geschäftsführer Doreen Bockwitz und Kai Tonne

Wintergartenstraße 4

04103 Leipzig

- nachstehend „**Auftraggeber**“ genannt -

und

[Bieter]

vertreten durch [...]

[Adresse]

- nachstehend „**Auftragnehmer**“ genannt -

- Auftraggeber und Auftragnehmer nachstehend auch gemeinsam „**Vertragsparteien**“ genannt -

Inhaltsverzeichnis

Präambel	7
§ 1 Vertragsgegenstand	8
1.1 Allgemein	8
1.2 Verbundene Unternehmen	8
1.3 Keine Gesellschaftsgründung	8
1.4 Ausschluss von AGB	8
1.5 Anlagen und Rangfolge	9
§ 2 Auslegungsgrundsätze	9
§ 3 Allgemeine Vertragsgrundsätze	10
3.1 Vollständigkeit von Informationen	10
3.2 Verantwortlichkeit für den Zeitplan	11
3.3 Ausführbarkeit der Leistung	11
§ 4 Leistungen des Auftragnehmers	11
4.1 Allgemein	11
4.2 Einhaltung gesetzlicher Vorgaben	12
4.3 Einsatz von Personal	13
4.3.1 Personalauswahl	13
4.3.2 Weisungsbefugnisse	14
4.3.3 Einhaltung gesetzlicher Anforderungen	15
4.3.4 Pflichten des Auftragnehmers	15
§ 5 Überlassung des DMS	16
5.1 Allgemein	16
5.2 Dokumentation	17
§ 6 Betriebsleistungen	18
6.1 Allgemein	18
6.2 Service Level	18
6.3 Support	20
6.4 Wartung	20

6.5	Störungsbeseitigung	21
6.6	Weiterentwicklung der Software	22
§ 7	Implementierungsleistungen	22
7.1	Allgemein	22
7.2	Bereitstellung	23
7.3	Datenmigration	27
7.4	Projektmanagement	28
7.5	Leistungszeiten	28
7.6	Umstellungsleistungen SAP S/4 HANA	29
§ 8	Schulungen	30
§ 9	Mitwirkungsobliegenheiten	30
§ 10	Abnahme	32
10.1	Allgemein	32
10.2	Testverfahren	32
10.3	Abnahmeprüfung	32
10.4	Ergebnisse der Abnahmeprüfung	33
10.5	Abnahmeprotokoll	34
10.6	Abnahmeerklärung	34
10.7	Gesamtabnahme	34
§ 11	Vergütung	34
11.1	Allgemein	34
11.2	Vergütungsmodelle	35
11.2.1	Vergütung auf Basis von Zeit- und Materialaufwand mit Aufwandschätzung	35
11.2.2	Vergütung auf Basis von Stückpreisen	35
11.2.3	Vergütung auf Festpreisbasis	36
11.3	Budget-Monitoring und Aufwandssteuerung	36
11.4	Rechnungsstellung	38
11.5	Zahlungsbedingungen	38
11.6	Steuern	39
§ 12	Nutzungsrechte	39

12.1	Allgemein	39
12.2	Nutzungsrechte an der DMS Cloud-Software	39
12.3	Nutzungsrechte an Standardsoftware	40
12.4	Nutzungsrechte an Individualsoftware	41
12.5	Datenlizenz	44
12.6	Dokumentation	44
12.7	Urheberrechte der Mitarbeiter	44
12.8	Ideen, Konzepte und Verfahrensweisen	44
12.9	Zurückbehaltungsrechte des Auftragnehmers	44
§ 13	Freistellung	45
13.1	Freistellung durch den Auftragnehmer	45
13.2	Abhilfe	45
§ 14	Gewährleistung	45
14.1	Allgemein	45
14.2	Aufwendungs- und Schadenersatz	46
§ 15	Haftung	46
15.1	Allgemein	46
15.2	Haftungsbeschränkung	46
15.3	Unbeschränkte Haftung	47
15.4	Geltendmachung von Schäden verbundener Unternehmen	47
15.5	Versicherungspflicht	47
§ 16	Höhere Gewalt	48
§ 17	Subunternehmer	49
§ 18	Projektorganisation	51
18.1	Mitteilungen	51
18.2	Governance	51
18.3	Reporting	52
§ 19	Change Requests	52
§ 20	Laufzeit und Kündigung	53
20.1	Laufzeit	53
20.2	Ordentliche Kündigung	54

20.3	Sonderkündigungsrechte des Auftraggebers	54
20.4	Außerordentliche Kündigung	54
§ 21	Beendigungsunterstützung	55
21.1	Allgemein	55
21.2	Unterstützung vor Vertragsende	56
21.3	Reibungsloser Übergang	56
21.4	Zusammenarbeit bei der Überführung	56
21.5	Fortführung der Leistungen nach Vertragsende	56
21.6	Erbringung von Zusatzleistungen für die Überführung	56
21.7	Vergütung	57
§ 22	IT-Sicherheit	57
§ 23	Business Continuity Management	59
23.1	Allgemein	59
23.2	Notfallpläne	59
23.3	Maßnahmen im Notfall	59
§ 24	Datenschutz	60
§ 25	Datenzugangsrechte	60
§ 26	Vertraulichkeit	62
26.1	Definitionen und Grundsätze	62
26.2	Vertraulichkeitsverpflichtung	63
26.3	Zulässige Offenbarung	64
26.4	Rückgabe und Löschung	64
26.5	Laufzeit	65
26.6	Vertragsstrafe	65
§ 27	Referenznennung	65
§ 28	Schlussbestimmungen	65
	Unterschriften	68
	Anlagenverzeichnis <i>[wird vor Vertragsunterzeichnung ausgefüllt]</i>	69

Präambel

Der Auftraggeber ist das größte kommunale Wohnungsunternehmen in Sachsen. Die gesellschaftsvertragliche Aufgabe des Auftraggebers ist vorrangig die sichere und sozial verantwortbare Wohnraumversorgung breiter Schichten der Leipziger Bevölkerung. Der Auftraggeber beabsichtigt die Einführung eines umfassenden Dokumentenmanagementsystems (DMS), um seine Geschäftsprozesse zu optimieren, die Zusammenarbeit zu verbessern und die Compliance-Anforderungen zu erfüllen. Das DMS soll auch durch die Tochterunternehmen des Auftraggebers genutzt werden.

Der Auftragnehmer ist [...].

§ 1 Vertragsgegenstand

1.1 Allgemein

Gegenstand dieses Vertrags ist die Erbringung verschiedener IT-Leistungen im Zusammenhang mit der Einführung, dem Customizing, der Bereitstellung und dem Betrieb eines Dokumentenmanagementsystems (DMS) durch den Auftragnehmer für den Auftraggeber. Im Gegenzug wird der Auftraggeber die vereinbarten Mitwirkungsleistungen erfüllen und dem Auftragnehmer die vereinbarte Vergütung bezahlen.

1.2 Verbundene Unternehmen

- (1) Der Auftraggeber bezieht die Leistungen nicht nur zur Deckung des eigenen Bedarfs. Die Leistungen des Auftragnehmers sollen auch Unternehmen zu Gute kommen, die mit dem Auftraggeber gemäß §§ 15 ff. AktG verbunden sind (nachfolgend „**verbundene Unternehmen**“). Die verbundenen Unternehmen sind in Ziffer 3.2 der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) benannt. Der Auftraggeber kann weitere verbundene Unternehmen in den Anwendungsbereich dieses Vertrags aufnehmen; er wird dies dem Auftragnehmer entsprechend schriftlich mitteilen.
- (2) Entsprechend sind die verbundenen Unternehmen stets als Empfänger der Leistungen des Auftragnehmers zu verstehen, selbst wenn dies nicht ausdrücklich erwähnt wird.

1.3 Keine Gesellschaftsgründung

Trotz der engen Kooperation von Auftraggeber und Auftragnehmer wollen die Parteien durch diesen Vertrag keine Gesellschaft oder eine ähnliche Kooperation gründen. Vielmehr bleibt jede Partei dafür verantwortlich, eigenverantwortlich und umfassend ihre nach diesem Vertrag geschuldeten Leistungen zu erbringen und ihre Pflichten zu erfüllen; die jeweils andere Partei ist nur verpflichtet, an der Leistungserbringung mitzuwirken, soweit dies ausdrücklich in dem Vertrag vereinbart wurde.

1.4 Ausschluss von AGB

Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers finden auf diesen Vertrag keine Anwendung. Dies gilt auch dann, wenn in einem Dokument auf Allgemeine Geschäftsbedingungen Bezug genommen wird und der Auftraggeber der Einbeziehung nicht ausdrücklich widerspricht.

1.5 Anlagen und Rangfolge

- (1) Die folgenden Anlagen sind wesentlicher Bestandteil dieses Vertrags. Sie haben die gleiche Wirkung, als wären die Regelungen unmittelbar in diesem Hauptvertragsdokument enthalten, wobei die vertraglichen Regelungen in diesem Vertragstext stets vorgehen.
 - a. Anlage 1 – Leistungsbeschreibung
 - b. Anlage 2 – Kriterienkatalog
 - c. Anlage 3 – Preisblatt
 - d. Anlage 4 – Projektplan
 - e. Anlage 5 – Schulungskonzept
 - f. Anlage 6 – Testkonzept
 - g. Anlage 7 – Projektorganisation **[wird nach Zuschlagserteilung erstellt]**
 - h. Anlage 8 – Vertrag zur Auftragsverarbeitung
 - i. Anlage 9 – Angebot des Auftragnehmers (einschl. Anlagen und Konzepte)
- (2) Die Anlagen gelten in der angegebenen Rangfolge, wobei die Auftragsverarbeitungsvereinbarung (**Anlage 8**) den übrigen Anlagen bei Widersprüchen stets vorgeht. Die Auftragsverarbeitungsvereinbarung geht diesem Hauptvertragsdokument bei Widersprüchen im Zusammenhang mit der Verarbeitung personenbezogener Daten vor.

§ 2 Auslegungsgrundsätze

- (1) Sofern sich aus dem Zusammenhang nichts anderes ergibt, schließt a) ein Ausdruck, der ein Geschlecht bezeichnet, auch das andere Geschlecht ein, b) eine natürliche Person auch eine juristische Person und umgekehrt und c) der Singular auch den Plural und umgekehrt mit ein.
- (2) Wird auf einen Zeitraum von Tagen Bezug genommen, so sind Tage als Kalendertage zu verstehen, es sei denn, die Bezugnahme besagt ausdrücklich etwas anderes.
- (3) Wird auf eine Zeitspanne Bezug genommen, so gilt als Zeitspanne die Zeitzone des Ortes, an dem die Leistung in Anspruch genommen werden, es sei denn, der Bezug besagt ausdrücklich etwas anderes.

- (4) Wird auf diesen Vertrag, eine Anlage oder ein anderes Dokument Bezug genommen, so schließt diese Bezugnahme die vereinbarten Änderungen und Ergänzungen zu diesen Dokumenten ein.
- (5) Wird auf ein Gesetz, einen Erlass, eine Verordnung, eine Regelung oder ein ähnliches Instrument Bezug genommen, so gilt dies als Bezugnahme auf das Gesetz, den Erlass, die Verordnung, die Regelung oder das Instrument (einschließlich aller Instrumente des internationalen Rechts) in der jeweils geänderten, ersetzten, konsolidierten oder wieder in Kraft gesetzten Fassung.
- (6) Wird auf eine Person Bezug genommen, so schließt diese Bezugnahme ihre Rechtsnachfolger und zulässigen Abtretungsempfänger ein.
- (7) Wenn der Vertrag eine schriftliche oder in Schriftform abzugebende Erklärung verlangt, bedeutet dies Stift und Papier, wobei ein per E-Mail versandter Scan oder eine elektronische Signatur (z.B. Adobe Signatur) ausreichend ist.
- (8) Wenn der Vertrag eine Erklärung in Textform vorschreibt, kann diese Erklärung per E-Mail oder in Schriftform abgegeben werden. Eine per E-Mail abgegebene Erklärung bedarf keiner qualifizierten elektronischen Signatur, sondern muss von einem bevollmächtigten Mitarbeiter der anderen Vertragspartei abgegeben werden.
- (9) Die Begriffe "einschließlich" oder die Formulierungen "z.B.", "insbesondere", "zum Beispiel" und ähnliche Begriffe bedeuten jeweils "einschließlich, ohne Einschränkung", unabhängig davon, ob eine solche Klarstellung ausdrücklich zusammen mit solchen Begriffen oder Formulierungen geschrieben wird oder nicht.
- (10) Die Ausdrücke "soll", "wird" oder ähnliche Ausdrücke, wenn sie im Zusammenhang mit einer Partei verwendet werden (z.B. "der Auftraggeber soll", "der Auftragnehmer wird") begründen eine vertragliche Pflicht der jeweiligen Partei.

§ 3 Allgemeine Vertragsgrundsätze

3.1 Vollständigkeit von Informationen

- (1) Der Auftragnehmer versichert, dass er alle erforderlichen Informationen und Unterlagen sorgfältig geprüft hat, um die vertraglich geschuldeten Leistungen vollständig und sachgemäß zu erbringen. Ein nachträglicher Verweis auf fehlende oder unvollständige Informationen ist ausgeschlossen, sofern diese Informationen dem Auftragnehmer nachweislich vor Beginn der Leistungserbringung zur Verfügung standen oder er bei Anwendung ordnungsgemäßer Sorgfalt danach

hätte fragen können. Die gleichen Verpflichtungen gelten für Informationen, welche der Auftragnehmer im Laufe der Zusammenarbeit erhält.

- (2) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, vor Vertragsschluss und während der Vertragslaufzeit alle ihm zur Verfügung stehenden Quellen und Ressourcen zu nutzen, um sich umfassend über die für die Leistungserbringung relevanten Details zu informieren. Sollten ihm Informationen fehlen oder unklar sein, hat der Auftragnehmer den Auftraggeber unverzüglich schriftlich darauf hinzuweisen und die fehlenden Informationen aktiv einzufordern. Unterlässt der Auftragnehmer diese Mitteilung, gilt die Leistungspflicht als vollumfänglich durchführbar

3.2 Verantwortlichkeit für den Zeitplan

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die vereinbarten Termine und Fristen einzuhalten. Der Auftragnehmer bestätigt, dass er die vertraglich festgelegten Fristen als realistisch und machbar betrachtet, basierend auf dem ihm vorliegenden Informationsstand.

3.3 Ausführbarkeit der Leistung

Der Auftragnehmer bestätigt, dass die beauftragte Leistung – auch unter Berücksichtigung von weiterem Konkretisierungsaufwand – vollständig ausführbar ist, und zwar unter den vertraglich festgelegten Bedingungen. Sollte sich herausstellen, dass bestimmte Bedingungen oder Anforderungen nicht umsetzbar sind und dies für den Auftragnehmer aufgrund des weiteren Konkretisierungsaufwands zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses nicht erkennbar war, hat der Auftragnehmer dies unverzüglich schriftlich mitzuteilen und Lösungsvorschläge zu unterbreiten. Im Übrigen liegt das Ausführungsrisiko unter den vertraglich festgelegten Bedingungen ausschließlich beim Auftragnehmer.

§ 4 Leistungen des Auftragnehmers

4.1 Allgemein

- (1) Der Auftragnehmer erbringt die Leistungen in Übereinstimmung mit den Regelungen dieses Vertrags einschließlich seiner Anlagen.
- (2) Soweit nicht ausdrücklich abweichend vereinbart, erbringt der Auftragnehmer die Leistungen nach dem allgemein anerkannten Stand der Technik und mit professioneller Sorgfalt und unter Beachtung branchenspezifischer Standards.
- (3) Soweit die Beschaffenheit der Leistungen nicht ausdrücklich vereinbart ist, erbringt der Auftragnehmer die Leistung qualitativ und quantitativ so, dass sie sich für die nach dem Vertrag vorausgesetzte Verwendung eignen, sonst für die gewöhnliche Verwendung eignen und eine Beschaffenheit aufweisen, die bei Leistungen der

gleichen Art üblich sind und die der Auftraggeber nach der Art der Leistung erwarten kann.

- (4) Der Auftragnehmer übernimmt die Gesamtverantwortung für sämtliche Leistungen, die im Rahmen dieses Vertrages erbracht werden. Der Auftragnehmer stellt sicher, dass alle Leistungen koordiniert und als zusammenhängende Einheiten erbracht werden.
- (5) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, alle erbrachten Leistungen so aufeinander abzustimmen, dass eine nahtlose Integration der jeweiligen Projektphasen gewährleistet wird. Sämtliche Teilleistungen müssen aufeinander abgestimmt sein und als ein zusammenhängendes, funktionsfähiges Gesamtsystem zur Verfügung stehen, welches sich auch in die sonstigen IT-Systeme des Auftraggebers einfügt und mit diesen interoperabel ist.
- (6) Der Auftragnehmer ist, sofern keine abweichenden Vorgaben getroffen wurden, verpflichtet, für die jeweiligen Leistungen eine vollständige, klare, nachvollziehbare und fachlich korrekte Dokumentation zu erstellen, die den allgemein anerkannten Regeln der Technik entspricht. Die Dokumentation hat alle für die Nutzung, den Betrieb, die Wartung und gegebenenfalls die Weiterentwicklung der Leistung erforderlichen Informationen in verständlicher und strukturierter Form zu enthalten. Insbesondere muss die Dokumentation so beschaffen sein, dass eine sachkundige dritte Person die Leistung ohne Rückfragen beim Auftragnehmer nutzen oder betreiben kann.
- (7) Erfüllungsort für die Leistungen ist der Sitz des Auftraggebers. Der Auftragnehmer kann Leistungen auch remote erbringen, soweit dies nach der Art der Leistungserbringung möglich ist und die Verwendung der Leistungen durch den Auftraggeber nicht beeinträchtigt. Hinsichtlich der Schulungen erfolgt eine Abstimmung zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer.

4.2 Einhaltung gesetzlicher Vorgaben

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, alle für die Erbringung und Verwendung der Leistungen gemäß diesem Vertrag geltenden gesetzlichen Vorschriften, Verordnungen und behördlichen Vorgaben einzuhalten.
- (2) Der Auftragnehmer gewährleistet ferner, dass das DMS stets so ausgestaltet ist, dass es geltende gesetzliche Vorschriften, Verordnungen und behördlichen Vorgaben einhält und umsetzt. Dies gilt auch, soweit diese gesetzlichen Vorschriften, Verordnungen und behördlichen Vorgaben ausschließlich den Auftraggeber als Verwender des DMS treffen, aber im DMS umgesetzt werden müssen, damit der Auftraggeber die gesetzlichen Vorschriften, Verordnungen und behördlichen Vorgaben einhalten kann.

- (3) Die Kosten für die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften, Verordnungen und behördlichen Vorgaben trägt der Auftragnehmer, es sei denn, die Aufwände beziehen sich auf individuell für den Auftraggeber vorgenommene Anpassungen am DMS, welche anderen Kunden des Auftragnehmers nicht zur Verfügung stehen. In diesem Fall trägt der Auftraggeber die angemessenen, notwendigen und nachgewiesenen Kosten.

4.3 Einsatz von Personal

4.3.1 Personalauswahl

- (1) Der Auftragnehmer benennt mit Angebotsabgabe, welche Mitarbeiter er einsetzt, um die Leistungen zu erbringen. Der Auftragnehmer gewährleistet, die eingesetzten Mitarbeiter zu unbedingter Sorgfalt bei der Arbeit zu verpflichten und zur Erbringung der Leistungen nur zuverlässige und qualifizierte Mitarbeiter einzusetzen. Qualifiziert ist ein Mitarbeiter, wenn er ausreichend fachlich geschult ist und über die jeweils vertraglich vereinbarten oder über die zur Leistungserbringung erforderlichen weiterführenden Qualifikationen verfügt sowie bereits Erfahrungen mit vergleichbaren Leistungserbringungen sammeln konnte. Die Erfüllung der Qualifikationsmerkmale seitens der eingesetzten Mitarbeiter ist eine wesentliche Vertragspflicht.
- (2) Der Auftraggeber kann jederzeit aus wichtigem Grund verlangen, dass der Auftragnehmer einen Mitarbeiter austauscht. Ein wichtiger Grund kann u.a. sein:
- Straftaten gegen den Auftraggeber (einschließlich dessen Mitarbeiter),
 - schwere oder wiederholte Verstöße gegen allgemeine Verhaltensregeln, Sicherheits- oder Compliance-Vorgaben,
 - mangelnde Qualifikation der Mitarbeiter
 - wiederholte Verstöße gegen vertragliche Verpflichtungen
 - Interessenkonflikte.
- (3) Der Auftragnehmer darf Mitarbeiter nur austauschen, wenn ein wichtiger Grund (bspw. Kündigung des Mitarbeiters oder längere Abwesenheit aufgrund von Krankheit) vorliegt, auf den der Auftragnehmer selbst keinen Einfluss nehmen kann.

- (4) Wird ein Mitarbeiter ausgetauscht, trägt der Auftragnehmer die Kosten für die Schulung und Vorbereitung auf seinen Einsatz und die Einarbeitung und übernimmt die Verantwortung, dass der neu eingesetzte Mitarbeiter vom ersten verrechenbaren Arbeitstag einsatzfähig ist.
- (5) Der Auftraggeber ist berechtigt, ausgetauschte Mitarbeiter des Auftragnehmers abzulehnen, wenn Anhaltspunkte vorliegen, dass diese fachlich nicht geeignet sind, die vertraglich geschuldeten Leistungen ordnungsgemäß zu erbringen. In einem solchen Fall hat der Auftragnehmer unverzüglich eine fachlich geeignete Ersatzperson bereitzustellen, um den Leistungsumfang ohne Verzögerung sicherzustellen.

4.3.2 Weisungsbefugnisse

- (1) Der Auftragnehmer ist alleine verantwortlich für alle Erfüllungsgehilfen im Sinne des § 278 BGB, die der Auftragnehmer zur Erbringung der Leistungen unter dem Vertrag einsetzt. Erfüllungsgehilfen im Sinne des Vertrags sind sowohl Mitarbeiter des Auftragnehmers als auch Subunternehmer. Der Auftraggeber hat kein Weisungsrecht gegenüber den eingesetzten Erfüllungsgehilfen hinsichtlich Zeit, Dauer und Ort der Ausführung der vertragsgegenständlichen Leistungen.
- (2) Unberührt bleiben unternehmerische Weisungen des Auftraggebers, die die vom Auftragnehmer zu erbringenden Leistungen betreffen. Zeitvorgaben sind ebenso einzuhalten, wie fachliche Vorgaben, soweit diese zur ordnungsgemäßen Vertragsdurchführung erforderlich sind. Die unternehmerischen Weisungen des Auftraggebers werden ausschließlich an die Kontaktpersonen gemäß § 18.1 erteilt. Dies gilt entsprechend für etwaige Weisungen des Auftragnehmers in Richtung des Auftraggebers mit Blick auf die Mitwirkungsleistungen des Auftraggebers. Diese Einschränkungen gelten nicht für Weisungen des Auftragnehmers hinsichtlich der Ordnung im Betrieb (z.B. Unfallverhütungsvorschriften, Rauchverbote, Parkregelungen usw.).
- (3) Der Auftragnehmer wird alle in seinem Verantwortungsbereich liegenden und erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um zu gewährleisten, dass die von dem Auftragnehmer zur Erbringung der Leistungen eingesetzten Erfüllungsgehilfen nicht Arbeitnehmer des Auftraggebers werden und stellt seinerseits den Auftraggeber von etwaigen Kosten inkl. Auslagen, Zinsen, Strafzahlungen und Rechtsanwalts- bzw. Gerichtskosten frei, die dem Auftraggeber entstehen, indem sich Externe Personen gegenüber dem Auftraggeber auf ein Arbeitsverhältnis mit dem Auftraggeber berufen.

4.3.3 Einhaltung gesetzlicher Anforderungen

- (1) Der Auftragnehmer stellt sicher, dass bezüglich der von ihm eingesetzten Arbeitnehmer alle Arbeitsverhältnisse den einschlägigen arbeits- und ausländerrechtlichen Bestimmungen (soziale Mindestanforderungen) entsprechen. Der Auftragnehmer garantiert ferner die Einhaltung aller sozial- und steuerrechtlichen Vorschriften.
- (2) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die aktuellen gesetzlichen Arbeitsschutzvorschriften sowie die berufsgenossenschaftlichen Regeln (Unfallverhütungsvorschriften) einzuhalten und deren Einhaltung durch seine Mitarbeiter sicherzustellen.
- (3) Dies gilt auch für den Fall, dass sich der Auftragnehmer nach schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers zur Erfüllung seiner vertraglichen Pflichten eines Subunternehmers oder eines Verleihbetriebs bedient. Der Auftragnehmer setzt nur solche Subunternehmer oder Verleihbetriebe ein, die ihrerseits die gesetzlichen Anforderungen einhalten.
- (4) Der Auftragnehmer stellt den Auftraggeber von einer Haftung auf den gesetzlichen Mindestlohn frei. Die Freistellungspflicht besteht auch für den Fall, dass Mitarbeiter der von ihm eingesetzten Subunternehmer den Auftraggeber auf Zahlung des gesetzlichen Mindestlohns in Anspruch nehmen.

4.3.4 Pflichten des Auftragnehmers

- (1) Die Verantwortung für die Erbringung einzelvertraglich vereinbarter Leistungen und die eigene Personaleinsatz- und Ressourcenplanung obliegt dem Auftragnehmer.
- (2) Der Auftragnehmer nutzt zur Erbringung der Leistungen eigene Betriebsmittel.
- (3) Der Auftragnehmer informiert den Auftraggeber über Tatsachen und Umstände, die ihm bekannt sind, die die Erbringung der geschuldeten Leistungen wesentlich erleichtern, vergünstigen, erschweren oder ausschließen. Der Auftragnehmer hat darüber hinaus den Auftraggeber unverzüglich über alle Umstände schriftlich zu unterrichten, die für die Durchführung des mit dem Auftraggeber geschlossenen Vertrages wesentlich sein können.
- (4) Der Auftragnehmer wird die für die Durchführung des Vertrages relevanten, internen Richtlinien beachten und einhalten. Der Auftraggeber behält sich vor, die internen Richtlinien während der Vertragslaufzeit zu ändern, zu

ergänzen oder aufzuheben und stellt die relevanten, internen Richtlinien zu Beginn einer Einzelbeauftragung zur Verfügung.

- (5) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die Leistungserbringung so zu gestalten, dass eine Eingliederung in die Betriebsorganisation des Auftraggebers vermieden wird. Insbesondere sind die Arbeitsabläufe, Entscheidungsprozesse und Weisungsverhältnisse so zu organisieren, dass keine Weisungsgebundenheit oder organisatorische Eingliederung in den Betrieb des Auftraggebers erfolgt.

§ 5 Überlassung des DMS

5.1 Allgemein

- (1) Der Auftragnehmer stellt dem Auftraggeber das DMS als „Software as a Service“ (SaaS) für die Dauer der Vertragslaufzeit zur vertragsgemäßen Nutzung zur Verfügung und räumt ihm zu diesem Zweck die Nutzungsrechte gemäß § 12 dieses Vertrages ein.
- (2) Sofern und soweit die dauerhafte oder zeitlich beschränkte Überlassung von Standardsoftware als On-Premise Lösung vereinbart ist, übergibt der Auftragnehmer dem Auftraggeber die Standardsoftware im Objektcode zur vertragsgemäßen Nutzung.
- (3) Der Auftragnehmer gewährleistet, dass das DMS den vertraglichen Anforderungen, insbesondere denen der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) und des Kriterienkatalogs (**Anlage 2**) entspricht. Die Anforderungen an das DMS werden von den Parteien im Rahmen der Einführungsteilprojekte (s. § 7.2 dieses Vertrages) weiterentwickelt und konkretisiert.
- (4) Der Auftragnehmer gewährleistet, dass das DMS mit der beim Auftraggeber vorhandenen IT-Infrastruktur gemäß Ziffer 3.3 der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) kompatibel ist. Sollte die beim Auftraggeber vorhandene IT-Infrastruktur für die Implementierung eines leistungsfähigen DMS nach dem Stand der Technik nicht geeignet sein oder die Leistungsfähigkeit des DMS mindern, wird der Auftragnehmer den Auftraggeber hierüber rechtzeitig informieren und etwaige Verbesserungsvorschläge für eine Nachrüstung machen. Der Auftraggeber ist nicht verpflichtet, diese Verbesserungsvorschläge des Auftragnehmers umzusetzen; in diesem Fall hat der Auftragnehmer das DMS mit der vorhandenen IT-Infrastruktur zu implementieren.
- (5) Die Überlassung der notwendigen Lizenzen erfolgt im Wege eines **stufenweisen Abrufes/ Einzelabrufes** nach Maßgabe dieses Absatzes 5.

- a. Mit der Zuschlagserteilung erfolgt die initiale Überlassung der zum Betrieb des DMS mit den Einführungsteilprojekten der Ziffern 4.3.1 der Leistungsbeschreibung (Basisbereitstellung) und 4.3.2 der Leistungsbeschreibung (Vertragsmanagement (Pilot)) notwendig sind. Dies sind zunächst folgende Lizenzen und folgender Speicherplatz:

- [100] Basislizenzen als Named-User-Lizenzen (nutzergebunden)
- [100] Basislizenzen als Concurrent-User-Lizenzen (gleichzeitige Nutzung)
- [...] GB Speicherkapazität
- [Anzahl Lizenzen Erweiterungsmodul 1]
- [Anzahl Lizenzen Erweiterungsmodul ...]
- [...]

- b. Die übrigen Lizenzen und Speicherplatzverfügbarkeiten werden mit Zuschlagserteilung ausdrücklich noch nicht beauftragt, sondern der Auftraggeber ist berechtigt und behält sich vor, solche durch spätere gesonderte schriftliche Beauftragung optional wie folgt einzeln per Einzelabruf zu beauftragen:

- jeweils weitere [25] Basislizenzen als Named-User-Lizenzen bis zu einer Gesamtanzahl von [600] Basislizenzen
- jeweils weitere [25] Basislizenzen als Concurrent-User-Lizenzen bis zu einer Gesamtanzahl von [500] Basislizenzen
- jeweils weitere [...] GB Speicherkapazität bis zu einer Gesamtanzahl von [Anzahl] Speicherkapazität
- [...]

Nach Beauftragung ist der Auftragnehmer zur Leistungserbringung verpflichtet.

5.2 Dokumentation

- (1) Der Auftragnehmer stellt die Dokumentation des DMS gemäß der Anforderungen des Kriterienkatalogs (**Anlage 2**) spätestens zu Beginn der Abnahmetests bereit.
- (2) Die Dokumentation muss vollständig, aktuell, verständlich, strukturiert und konsistent sein. Der Auftragnehmer gewährleistet, dass die Dokumentation einem fachkundigen Dritten ermöglicht, die Software zu verstehen, zu betreiben und zu warten.

- (3) Der Auftragnehmer aktualisiert die Dokumentation bei wesentlichen Änderungen der Software, insbesondere bei der Auslieferung neuer Programmstände.

§ 6 Betriebsleistungen

6.1 Allgemein

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die Betriebsleistungen gemäß den vertraglichen Vereinbarungen zu erbringen, soweit die Bereitstellung als SaaS beauftragt ist. Dies umfasst insbesondere Anforderungen an Performance, Latenz, Verfügbarkeit, Störungsbeseitigung, Support sowie Wartung und Pflege. Zur Klarstellung: Sofern und soweit die dauerhafte oder zeitlich beschränkte Überlassung von Standardsoftware als On-Premise Lösung vereinbart ist, ist der Auftragnehmer ebenfalls zur Leistungserbringung zur Aufrechterhaltung der Betriebsbereitschaft und Störungsbeseitigung (einschließlich Support, Wartung und Pflege) im nachfolgend beschriebenen Umfang verpflichtet.
- (2) Betriebsleistungen umfassen sämtliche Tätigkeiten, die erforderlich sind, um den laufenden Betrieb des DMS sicherzustellen. Dazu gehören insbesondere das Hosting und der Betrieb des DMS in der Cloud, die Überwachung, Wartung, Pflege, Fehlerbehebung, Sicherheitsaktualisierungen und die Bereitstellung von Support-Dienstleistungen während der vereinbarten Vertragslaufzeit. Die Betriebsleistungen schließen die kontinuierliche Sicherstellung der Verfügbarkeit und Funktionsfähigkeit der Software ein.
- (3) Betriebsleistungen werden grundsätzlich als Mietleistungen erbracht. Supportleistungen werden als Dienstleistungen erbracht. Wartungs- und Störungsbeseitigungsleistungen werden als Werkleistungen erbracht.
- (4) Soweit im Preisblatt (**Anlage 3**) nicht abweichend vereinbart, sind die Kosten für Betriebsleistungen mit den Lizenzkosten abgegolten.

6.2 Service Level

- (1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Betriebsleistungen so zu erbringen, dass die nachfolgenden sowie gemäß Kriterienkatalog (**Anlage 2**) vereinbarten Service Level erreicht oder übertroffen werden:
- Der Auftragnehmer gewährleistet eine Verfügbarkeit des DMS innerhalb der Betriebszeiten in Höhe von 99,6 % im Jahresmittel, wobei die Ausfallzeit nicht mehr als zwei (2) Stunden pro Tag beträgt.
 - Als Betriebszeiten des DMS werden vereinbart: Montag bis Donnerstag 7.00 Uhr bis 20.00 Uhr und Freitag 7.00 Uhr bis 16.00 Uhr, mit Ausnahme der gesetzlichen Feiertage am Sitz des Auftragnehmers.

Service Level sind verbindliche Vorgaben zur Qualität der vom Auftragnehmer zu erbringenden Betriebsleistungen. Die Service Level sollen insbesondere sicherstellen, dass der Betrieb des DMS reibungslos und unterbrechungsfrei erfolgt. Sie dienen als Grundlage für die Bewertung der Leistungserbringung des Auftragnehmers. Das Erreichen der Service Level entbindet den Auftragnehmer jedoch nicht von der Verpflichtung, darüberhinausgehende Maßnahmen zu ergreifen, um eine dauerhafte, unterbrechungsfreie und optimale Leistung zu erbringen, insbesondere wenn dies zur Sicherung der Betriebsstabilität erforderlich ist.

- (2) Der Auftragnehmer hat sicherzustellen, dass die Umsetzung der Service Level regelmäßig und objektiv gemessen sowie dokumentiert wird. Die Service Level sind objektiv und nachvollziehbar zu messen und die Messung muss geeignet sein, spezifisch Aufschluss über die konkrete Leistung für den Auftraggeber zu geben.
- (3) Der Auftragnehmer misst die Service Level kontinuierlich 24/7 in einem fünf (5) Minuten Intervall. Messpunkt für die Service Level ist der Ausgangspunkt des Rechenzentrums des Auftragnehmers zum allgemeinen Internet.
- (4) Der Auftragnehmer stellt dem Auftraggeber monatlich einen Bericht zur Verfügung, der die Messergebnisse der Service Level nachvollziehbar darstellt und etwaige Abweichungen erläutert. Der Bericht ist in einem standardisierten, maschinenlesbaren Format (z.B. CSV oder Excel) sowie in einer lesbaren Form (z.B. PDF) bereitzustellen.
- (5) Wird ein vereinbartes Service Level nicht eingehalten, steht dem Auftraggeber eine pauschalierte Minderung der Vergütung zu. Die pauschalierte Minderung schließt Schadensersatzansprüche des Auftraggebers oder die Geltendmachung sonstiger Rechte nicht aus.
 - Für jeden zehntel Prozentpunkt (0.1%) an geringerer Verfügbarkeit als vereinbart, werden 20 Prozentpunkte des monatlichen Lizenzpreises für den betroffenen Monat abgezogen.
 - Für jede 30 Minuten an Nicht-Verfügbarkeit des DMS während der Betriebszeiten, die insgesamt zwei (2) Stunden pro Tag überschreitet, werden 10 Prozentpunkte des monatlichen Lizenzpreises für den betroffenen Monat abgezogen.
 - Für jede Nicht-Einhaltung der vereinbarten Wiederherstellungszeiten werden 10 Prozentpunkte des monatlichen Lizenzpreises für den betroffenen Monat abgezogen. Bei Überschreitung der vereinbarten Wiederherstellungszeiten für kritische Störungen werden 30 Prozentpunkte des monatlichen Lizenzpreises für den betroffenen Monat abgezogen.

- (6) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, bei wiederholten (d.h. ab der zweiten Nichteinhaltung innerhalb eines Jahres) oder schwerwiegenden Nichteinhaltungen eines Service Levels unverzüglich einen Maßnahmenplan zu erstellen und dem Auftraggeber vorzulegen. Dieser Maßnahmenplan muss konkrete Schritte zur Verbesserung der Leistung und zur Vermeidung zukünftiger Verstöße beinhalten. Der Auftraggeber hat das Recht, den Maßnahmenplan zu prüfen und Anpassungen zu verlangen. Der Auftragnehmer wird den abgestimmten Maßnahmenplan unverzüglich umsetzen.

6.3 Support

Der Auftragnehmer stellt während der vereinbarten Servicezeiten (s. Kriterienkatalog (**Anlage 2**)) Support-Leistungen bereit. Die Supportanfragen des Auftraggebers werden an das Ticketsystem des Auftragnehmers gestellt. Die vereinbarten Anforderungen an das Ticketsystem ergeben sich aus dem Kriterienkatalog (**Anlage 2**) und dem Angebot des Auftragnehmers (**Anlage 9**).

6.4 Wartung

- (1) Der Auftragnehmer führt regelmäßige Wartungsarbeiten zur Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der Software und der IT-Sicherheit durch. Dazu gehören insbesondere:
 - a. Einspielen von Sicherheitsupdates und Patches,
 - b. Durchführung von System-Optimierungen zur Sicherstellung der Performance,
 - c. Überlassung von neuen Programmständen des DMS (Updates)
- (2) Alle durchgeführten Wartungsarbeiten sind zu dokumentieren und auf Anfrage dem Auftraggeber vorzulegen.
- (3) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, potenzielle Risiken und Schwachstellen frühzeitig zu identifizieren und durch präventive Wartungsmaßnahmen zu beheben.
- (4) Wartungsarbeiten erfolgen grundsätzlich außerhalb der Betriebszeit des DMS (Mo bis Fr 7 bis 20 Uhr), um den laufenden Betrieb nicht zu beeinträchtigen. Dies gilt nicht für das Einspielen von unaufschiebbaren Sicherheitsupdates oder ähnliche sicherheitsrelevante Wartungsarbeiten, bei denen ein weiteres Zuwarten Auswirkungen auf die Sicherheit des DMS und der damit verarbeiteten Daten hätte. Auch Wartungsarbeiten während der Betriebszeit sind so zu gestalten, dass sie – wenn möglich – den laufenden Betrieb nicht stören.

- (5) Sämtliche Wartungsarbeiten sind dem Auftraggeber frühzeitig, bei planmäßigen Wartungsarbeiten mindestens [...] Tage vorher und mindestens in Textform anzukündigen.

6.5 Störungsbeseitigung

- (1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, alle gemeldeten Störungen des DMS unverzüglich zu analysieren und zu beheben.
- (2) Der Auftragnehmer stellt ein Ticketsystem für die Meldung von Störungen bereit. Die Bearbeitung der Störungsmeldungen erfolgt im Ticketsystem des Auftragnehmers. Sämtliche Störungen und deren Behebung sind im Ticketsystem vollständig zu dokumentieren.
- (3) Kritische Störungen des DMS innerhalb der Betriebszeiten werden unverzüglich, höchstens jedoch innerhalb von 30 Minuten, vom Auftragnehmer bearbeitet und beseitigt, bzw. ein entsprechender Workaround bereitgestellt, falls eine Beseitigung nicht möglich ist. Kritische Störungen liegen vor, wenn die Nutzung des DMS unmöglich oder schwerwiegend eingeschränkt ist.
- (4) Betriebsbehindernde Störungen des DMS innerhalb der Betriebszeiten werden innerhalb von höchstens zwei (2) Stunden vom Auftragnehmer bearbeitet und beseitigt, bzw. ein entsprechender Workaround bereitgestellt, falls eine Beseitigung nicht möglich ist. Betriebsbehindernde Störungen liegen vor, wenn die Nutzung des DMS erheblich eingeschränkt ist.
- (5) Sonstige Störungen des DMS innerhalb der Betriebszeiten, die nicht kritisch oder betriebsbehindernd sind, werden innerhalb von höchstens vier (4) Stunden vom Auftragnehmer bearbeitet und beseitigt, bzw. ein entsprechender Workaround bereitgestellt, falls eine Beseitigung nicht möglich ist.
- (6) Wiederherstellungszeiten ergeben sich im Übrigen aus dem Kriterienkatalog (**Anlage 2**).
- (7) Der Auftragnehmer informiert den Auftraggeber unverzüglich über den Fortschritt der Störungsbeseitigung sowie über Ursachen und getroffene Maßnahmen zur endgültigen Behebung der Störung.
- (8) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, wiederkehrende Störungen zu analysieren, deren Ursachen dauerhaft zu beheben und Maßnahmen zu ergreifen, um ähnliche Vorfälle zu vermeiden.

6.6 Weiterentwicklung der Software

Der Auftraggeber kann den Auftragnehmer mit der Weiterentwicklung des DMS beauftragen durch spätere gesonderte schriftliche Beauftragung separat und einzeln (Abrufoption). Dies umfasst Entwicklungsleistungen zur Anpassung des DMS an außergewöhnliche unternehmensspezifische funktionale Anforderungen (Erweiterung der Funktionalität) sowie die Anpassung des DMS zur Sicherstellung von Funktionsfähigkeit, Effizienz und Kompatibilität mit aktuellen technologischen Anforderungen.

§ 7 Implementierungsleistungen

7.1 Allgemein

- (1) Der Auftragnehmer ist zur Erbringung von Implementierungsleistungen in Bezug auf das DMS verpflichtet. Implementierungsleistungen umfassen alle vom Auftragnehmer gemäß diesem Vertrag zu erbringenden Tätigkeiten, Arbeitsergebnisse und Liefergegenstände, die für das Customizing und den Rollout des DMS erforderlich sind. Dazu gehören insbesondere das Customizing, die Konfiguration, Bereitstellung und Implementierung der Software (einschließlich der Anbindung an die bestehende IT-Infrastruktur des Auftraggebers). Art und Umfang der Implementierungsleistungen ergeben sich aus der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) und dem Kriterienkatalog (**Anlage 2**). Die in den **Anlage 1 und 2** dargestellten Leistungen erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit und stellen die vom Auftragnehmer in jedem Falle zu erfüllenden Mindestanforderungen an eine vertragsgemäße und mangelfreie Leistungserbringung zur Herbeiführung des geschuldeten Werkerfolgs und der vereinbarten Beschaffenheiten dar. Der Auftragnehmer hat daher auch alle weiteren ggf. zur Projektrealisierung erforderlichen und zweckmäßigen Leistungen zu der vereinbarten Vergütung zu erbringen.
- (2) Implementierungsleistungen werden als Werkleistungen erbracht. Die Anwendung der §§ 642, 643, und 647 des BGB sind ausgeschlossen.
- (3) Implementierungsleistungen müssen grundsätzlich innerhalb des Standards der verwendeten Standardsoftware erfolgen, um die langfristige Wartbarkeit, die Implementierung von Releases und die Kompatibilität mit zukünftigen Updates und Upgrades sicherzustellen. Änderungen, die eine Abweichung vom Standard darstellen und dadurch die Wartbarkeit oder die Einspielung von Updates, Upgrades und Releases beeinträchtigen könnten, sind nur nach ausdrücklicher Zustimmung des Auftraggebers und unter vorheriger detaillierter Prüfung und konkreter Information bzgl. der Auswirkungen zulässig.

- (4) Soweit für die Durchführung der Leistungen erforderlich, hat der Auftragnehmer sich im Rahmen der Erstellung der Schnittstelle zu SAP und der Anbindung an den Vergabemanager eigenständig mit dem jeweiligen Dienstleister abzustimmen. Der Auftraggeber wird dem Auftragnehmer die hierzu erforderlichen Kontaktdaten mitteilen.

7.2 Bereitstellung

- (1) Die Einführung des DMS erfolgt in mehreren Schritten und stufenweise („**Einführungsteilprojekte**“). Jedes Einführungsteilprojekt bezieht sich dabei auf ein Funktionsmodul des Gesamtsystems. Die Einführungsteilprojekte unterteilen sich in eine Basisinstallation und die spezifischen Einführungsteilprojekte. Die Grobkonzeption sowie die Umsetzungsphasen der einzelnen Einführungsteilprojekte sind in der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) beschrieben. Das weitere Projektvorgehen in Bezug auf die ersten beiden Einführungsteilprojekte ist im Projektplan des Auftragnehmers (**Anlage 4**) beschrieben. Nach Abschluss der ersten beiden Einführungsteilprojekte ist der Projektplan als lediglich informativ anzusehen.
- (2) Der Auftraggeber beauftragt den Auftragnehmer mit den Implementierungsleistungen im Wege eines **stufenweisen Abrufes/ Einzelabrufes** nach Maßgabe dieses Absatzes 2.
- c. Mit der Zuschlagserteilung werden die Leistungen für die Einführungsteilprojekte der Ziffern 4.3.1 der Leistungsbeschreibung (Basisbereitstellung) und 4.3.2 der Leistungsbeschreibung (Vertragsmanagement (Pilot)) fest beauftragt.
 - d. Die Leistungen für die übrigen Einführungsteilprojekte gemäß Ziffer 4.3 der Leistungsbeschreibung werden mit Zuschlagserteilung ausdrücklich noch nicht beauftragt, sondern der Auftraggeber ist berechtigt und behält sich vor, optional weitere Einführungsteilprojekte, einzelne Stufen von Einführungsteilprojekten oder einzelne Teilleistungen durch spätere gesonderte schriftliche Beauftragung (Abrufoptionsausübung) wie nachfolgend geregelt einzeln per Einzelabruf zu beauftragen. Nach Abruf ist der Auftragnehmer zur Leistungserbringung verpflichtet.
 - e. Ziffer 4.3.3 der Leistungsbeschreibung (Posteingangsprozess) kann der Auftraggeber in folgenden Stufen beauftragen:
 - Stufe 1: Lösungsvorstellung, Anforderungsanalyse und Feinplanung gemäß den entsprechenden Umsetzungsphasen nach Ziffer 4.3b der Leistungsbeschreibung.

Die Stufe 1 ist durch den Auftragnehmer innerhalb von **2** Monaten nach Abruf des Auftraggebers zu erbringen. Der Auftraggeber wird

den Abruf der Stufe 1 mit einer Vorlaufzeit von [6] Wochen vorher ankündigen.

Stufe 2: Implementierung auf Testumgebung, Tests, Schulungen, Produktivsetzung, Abnahmetests und Wartung gemäß den entsprechenden Umsetzungsphasen nach Ziffer 4.3b der Leistungsbeschreibung.

Die Stufe 2 ist durch den Auftragnehmer bis zur Abnahmereife innerhalb von [2] Monaten nach Abruf des Auftraggebers zu erbringen. Der Auftraggeber wird den Abruf der Stufe 2 mit einer Vorlaufzeit von [6] Wochen vorher ankündigen.

f. Ziffer 4.3.4 der Leistungsbeschreibung (Akte Wohnungswirtschaft) kann der Auftraggeber in folgenden Stufen beauftragen:

Stufe 1: Lösungsvorstellung, Anforderungsanalyse und Feinplanung gemäß den entsprechenden Umsetzungsphasen nach Ziffer 4.3b der Leistungsbeschreibung.

Die Stufe 1 ist durch den Auftragnehmer innerhalb von [4] Monaten nach Abruf des Auftraggebers zu erbringen. Der Auftraggeber wird den Abruf der Stufe 1 mit einer Vorlaufzeit von [6] Wochen vorher ankündigen.

Stufe 2: Implementierung auf Testumgebung, Tests, Schulungen, Produktivsetzung, Abnahmetests und Wartung gemäß den entsprechenden Umsetzungsphasen nach Ziffer 4.3b der Leistungsbeschreibung.

Die Stufe 2 ist durch den Auftragnehmer bis zur Abnahmereife innerhalb von [3] Monaten nach Abruf des Auftraggebers zu erbringen. Der Auftraggeber wird den Abruf der Stufe 2 mit einer Vorlaufzeit von [6] Wochen vorher ankündigen.

g. Ziffer 4.3.5 der Leistungsbeschreibung (Dokumentenerstellungs- und Freigabeprozess) kann der Auftraggeber in folgenden Stufen beauftragen:

Stufe 1: Lösungsvorstellung, Anforderungsanalyse und Feinplanung gemäß den entsprechenden Umsetzungsphasen nach Ziffer 4.3b der Leistungsbeschreibung.

Die Stufe 1 ist durch den Auftragnehmer innerhalb von [4] Monaten nach Abruf des Auftraggebers zu erbringen. Der Auftraggeber wird den Abruf der Stufe 1 mit einer Vorlaufzeit von [6] Wochen vorher ankündigen.

Stufe 2: Implementierung auf Testumgebung, Tests, Schulungen, Produktivsetzung, Abnahmetests und Wartung gemäß den entsprechenden Umsetzungsphasen nach Ziffer 4.3b der Leistungsbeschreibung.

Die Stufe 2 ist durch den Auftragnehmer bis zur Abnahmereife innerhalb von [3] Monaten nach Abruf des Auftraggebers zu erbringen. Der Auftraggeber wird den Abruf der Stufe 2 mit einer Vorlaufzeit von [6] Wochen vorher ankündigen.

- h. Ziffer 4.3.6 der Leistungsbeschreibung (Bauakte) kann der Auftraggeber in folgenden Stufen beauftragen:

Stufe 1: Lösungsvorstellung, Anforderungsanalyse und Feinplanung gemäß den entsprechenden Umsetzungsphasen nach Ziffer 4.3b der Leistungsbeschreibung.

Die Stufe 1 ist durch den Auftragnehmer innerhalb von [4] Monaten nach Abruf des Auftraggebers zu erbringen. Der Auftraggeber wird den Abruf der Stufe 1 mit einer Vorlaufzeit von [6] Wochen vorher ankündigen.

Stufe 2: Implementierung auf Testumgebung, Tests, Schulungen, Produktivsetzung, Abnahmetests und Wartung gemäß den entsprechenden Umsetzungsphasen nach Ziffer 4.3b der Leistungsbeschreibung.

Die Stufe 2 ist durch den Auftragnehmer bis zur Abnahmereife innerhalb von [3] Monaten nach Abruf des Auftraggebers zu erbringen. Der Auftraggeber wird den Abruf der Stufe 2 mit einer Vorlaufzeit von [6] Wochen vorher ankündigen.

- i. Ziffer 4.3.7 der Leistungsbeschreibung (Juristische Prozessakte) kann der Auftraggeber in folgenden Stufen beauftragen:

Stufe 1: Lösungsvorstellung, Anforderungsanalyse und Feinplanung gemäß den entsprechenden Umsetzungsphasen nach Ziffer 4.3b der Leistungsbeschreibung.

Die Stufe 1 ist durch den Auftragnehmer innerhalb von [2] Monaten nach Abruf des Auftraggebers zu erbringen. Der Auftraggeber wird den Abruf der Stufe 1 mit einer Vorlaufzeit von [6] Wochen vorher ankündigen.

Stufe 2: Implementierung auf Testumgebung, Tests, Schulungen, Produktivsetzung, Abnahmetests und Wartung gemäß den entsprechenden Umsetzungsphasen nach Ziffer 4.3b der Leistungsbeschreibung.

Die Stufe 2 ist durch den Auftragnehmer bis zur Abnahmereife innerhalb von [2] Monaten nach Abruf des Auftraggebers zu erbringen. Der Auftraggeber wird den Abruf der Stufe 2 mit einer Vorlaufzeit von [6] Wochen vorher ankündigen.

- j. Ziffer 4.3.8 der Leistungsbeschreibung (Einkaufsakte) kann der Auftraggeber in folgenden Stufen beauftragen:

Stufe 1: Lösungsvorstellung, Anforderungsanalyse und Feinplanung gemäß den entsprechenden Umsetzungsphasen nach Ziffer 4.3b der Leistungsbeschreibung.

Die Stufe 1 ist durch den Auftragnehmer innerhalb von [4] Monaten nach Abruf des Auftraggebers zu erbringen. Der Auftraggeber wird

den Abruf der Stufe 1 mit einer Vorlaufzeit von [6] Wochen vorher ankündigen.

Stufe 2: Implementierung auf Testumgebung, Tests, Schulungen, Produktivsetzung, Abnahmetests und Wartung gemäß den entsprechenden Umsetzungsphasen nach Ziffer 4.3b der Leistungsbeschreibung.

Die Stufe 2 ist durch den Auftragnehmer bis zur Abnahmereife innerhalb von [3] Monaten nach Abruf des Auftraggebers zu erbringen. Der Auftraggeber wird den Abruf der Stufe 2 mit einer Vorlaufzeit von [6] Wochen vorher ankündigen.

k. Ziffer 4.3.9 der Leistungsbeschreibung (Akte zur Sammlung betriebswirtschaftlicher Dokumente) kann der Auftraggeber in folgenden Stufen beauftragen:

Stufe 1: Lösungsvorstellung, Anforderungsanalyse und Feinplanung gemäß den entsprechenden Umsetzungsphasen nach Ziffer 4.3b der Leistungsbeschreibung.

Die Stufe 1 ist durch den Auftragnehmer innerhalb von [2] Monaten nach Abruf des Auftraggebers zu erbringen. Der Auftraggeber wird den Abruf der Stufe 1 mit einer Vorlaufzeit von [6] Wochen vorher ankündigen.

Stufe 2: Implementierung auf Testumgebung, Tests, Schulungen, Produktivsetzung, Abnahmetests und Wartung gemäß den entsprechenden Umsetzungsphasen nach Ziffer 4.3b der Leistungsbeschreibung.

Die Stufe 2 ist durch den Auftragnehmer bis zur Abnahmereife innerhalb von [2] Monaten nach Abruf des Auftraggebers zu erbringen. Der Auftraggeber wird den Abruf der Stufe 2 mit einer Vorlaufzeit von [6] Wochen vorher ankündigen.

l. Ziffer 4.3.10 der Leistungsbeschreibung (Revisionsberichte) kann der Auftraggeber in folgenden Stufen beauftragen:

Stufe 1: Lösungsvorstellung, Anforderungsanalyse und Feinplanung gemäß den entsprechenden Umsetzungsphasen nach Ziffer 4.3b der Leistungsbeschreibung.

Die Stufe 1 ist durch den Auftragnehmer innerhalb von [2] Monaten nach Abruf des Auftraggebers zu erbringen. Der Auftraggeber wird den Abruf der Stufe 1 mit einer Vorlaufzeit von [6] Wochen vorher ankündigen.

Stufe 2: Implementierung auf Testumgebung, Tests, Schulungen, Produktivsetzung, Abnahmetests und Wartung gemäß den entsprechenden Umsetzungsphasen nach Ziffer 4.3b der Leistungsbeschreibung.

Die Stufe 2 ist durch den Auftragnehmer bis zur Abnahmereife innerhalb von [2] Monaten nach Abruf des Auftraggebers zu

erbringen. Der Auftraggeber wird den Abruf der Stufe 2 mit einer Vorlaufzeit von **[6]** Wochen vorher ankündigen.

- m. Leistungen, welche in den noch nicht abgerufenen Einführungsteilprojekten bzw. deren einzelnen Stufen enthalten sind, dürfen ohne vorherige Abrufoptionsausübung durch den Auftraggeber seitens des Auftragnehmers nicht erbracht werden bzw. erfolgen auf eigenes Risiko des Auftragnehmers ohne Vergütungspflicht durch den Auftraggeber, wenn der Auftragnehmer sie ohne vorherige Abrufoptionsausübung erbringt. Der Auftragnehmer kann aus der Nichtbeauftragung weiterer Einführungsteilprojekte oder einzelner Stufen keine Ansprüche, gleich welcher Art, gegen den Auftraggeber geltend machen. Der Auftraggeber bleibt frei in seiner Entscheidung, ob er den Auftragnehmer oder einen Dritten mit den und mit welchen optionalen Leistungen beauftragt.
 - n. Für sämtliche optionalen Leistungen gelten nach ihrem jeweiligen Abruf die Bedingungen dieses Vertrages.
- (3) Der Auftragnehmer stellt dem Auftraggeber das DMS bzw. die jeweiligen Einführungsteilprojekte zunächst auf einem Testsystem des Auftragnehmers zur Verfügung, bevor das DMS bzw. die jeweiligen Einführungsteilprojekte in die Produktivumgebung des Auftragnehmers überführt werden (vgl. § 10.2 dieses Vertrages).
 - (4) Der Auftraggeber führt in jedem Einführungsteilprojekt entsprechende Tests gemäß der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) durch.
 - (5) Der Auftraggeber kann den Auftragnehmer mit der Durchführung von über die Einführungsteilprojekte hinausgehenden Customizing-Leistungen durch spätere gesonderte schriftliche Beauftragung separat und einzeln beauftragen (Abrufoption).

7.3 Datenmigration

- (1) Im Rahmen der Implementierungsleistungen schuldet der Auftragnehmer die vollumfängliche Migration des SAP-Altarchives (IBM) sowie der bestehenden Vertragsdatenbank Drupal. Der Umfang der Migration richtet sich nach der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) und dem Projektplan des Auftragnehmers (**Anlage 4**).
- (2) Die Datenmigration unterliegt der Abnahme gemäß § 10 dieses Vertrages, wobei auf die Durchführung eines Testverfahrens nach § 10.2 dieses Vertrages verzichtet wird.

7.4 Projektmanagement

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, im Rahmen der Projektleistungen das Projektmanagement für das Customizing und den Rollout des DMS sowie für Optionale Leistungen zu übernehmen. Dies umfasst die Planung, Koordination und Steuerung sämtlicher Projektaktivitäten sowie die rechtzeitige Anforderung und Integration der vom Auftraggeber geschuldeten Mitwirkungsleistungen.
- (2) Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber frühzeitig auf etwaige Risiken oder Verzögerungen hinzuweisen, die den Projekterfolg gefährden könnten.
- (3) Art und Umfang der Projektmanagementleistungen richten sich im Übrigen nach dem Projektplan des Auftragnehmers (**Anlage 4**).

7.5 Leistungszeiten

- (1) Gemäß der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) hat der Auftragnehmer eine umfassende Projektplanung vorzulegen. Die im Projektplan des Auftragnehmers (**Anlage 4**) vereinbarten Leistungszeiten und Meilensteine für die Einführungsteilprojekte der Ziffern 4.3.1 der Leistungsbeschreibung (Basisbereitstellung) und 4.3.2 der Leistungsbeschreibung (Vertragsmanagement (Pilot)) sind für den Auftragnehmer verbindlich. Die im Projektplan des Auftragnehmers (**Anlage 4**) dargestellten Leistungszeiten und Meilensteine für die Einführungsteilprojekte der Ziffern 4.3.3 bis 4.3.10 der Leistungsbeschreibung dienen der Orientierung, sind aber für die Vertragsparteien nicht verbindlich. Für die Einführungsteilprojekte der Ziffern 4.3.3 bis 4.3.10 der Leistungsbeschreibung sind die in § 7.2 dieses Vertrages benannten Umsetzungszeiträume verbindlich. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, alle vertraglichen Leistungen pünktlich und innerhalb der festgelegten Fristen/ Zeiträume zu erbringen.
- (2) Gerät der Auftragnehmer mit der Erbringung einer Leistung in Verzug, so hat er den Auftraggeber unverzüglich schriftlich zu informieren und die Gründe sowie die voraussichtliche Dauer der Verzögerung darzulegen.
- (3) Sofern die Einhaltung der Leistungszeiten von Mitwirkungsleistungen des Auftraggebers abhängt, hat der Auftragnehmer diese rechtzeitig anzufordern, mind. aber **[14]** Tage vor der notwendigen Mitwirkung.
- (4) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, den Auftraggeber unverzüglich über absehbare Verzögerungen zu informieren. Dies umfasst die Darlegung der Ursachen, die voraussichtliche Dauer und vorgeschlagene Maßnahmen zur Minimierung der Auswirkungen.
- (5) Verzögerungen, die durch eine Verletzung der Mitwirkungsleistungen des Auftraggebers oder durch höhere Gewalt entstehen, verlängern die

Leistungszeiten um den Zeitraum der Behinderung, sofern der Auftragnehmer dies unverzüglich schriftlich anzeigt. In Hinblick auf die nicht oder nicht vertragsgemäß erbrachte Mitwirkungsleistung gelten ergänzend die weiteren Anforderungen des § 9 dieses Vertrages.

- (6) Im Falle des Verzugs ist der Auftragnehmer verpflichtet, unverzüglich und auf eigene Kosten die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um den Verzug aufzuholen und die Auswirkungen des Verzugs auf die Leistungserbringung und den Auftraggeber zu reduzieren. Zu diesen Maßnahmen zählt insbesondere weitere geeignete Personen in die Leistungserbringung einzubeziehen.
- (7) Soweit die Parteien nach einem eingetretenen Verzug Leistungszeiten verschieben, um insbesondere Leistungen und Mitwirkungsleistungen zu koordinieren, führt dies nicht dazu, dass der Verzug aufgehoben wird. Der Verzug wird nur aufgehoben, wenn diese Rechtsfolge ausdrücklich zwischen den Parteien schriftlich vereinbart wurde.
- (8) Für den Fall des Verzugs ist der Auftraggeber berechtigt, nach fruchtlosem Ablauf einer angemessenen Nachfrist vom Vertrag insgesamt oder vom betreffenden Einführungsteilprojekt zurückzutreten und/oder Schadenersatz zu verlangen. Zudem ist der Auftraggeber zur Selbstvornahme berechtigt; § 14.1 Abs. 4 dieses Vertrages gilt entsprechend.
- (9) Für den Fall der Überschreitung der vereinbarten Leistungszeitpunkte bzw. Leistungszeiträume im Rahmen der Implementierungsleistungen ist der Auftraggeber berechtigt, für jeden Kalendertag, an dem sich der Auftragnehmer in Verzug befindet, eine Vertragsstrafe in Höhe von 0,2 % des für das jeweilige Entwicklungsteilprojekt vereinbarten Festpreises zu verlangen. Insgesamt darf die Summe der aufgrund dieser Regelung zu zahlenden Vertragsstrafen für ein Einführungsteilprojekt nicht mehr als 10 % des für das jeweilige Einführungsteilprojekt vereinbarten Festpreises betragen. Vertragsstrafen werden auf Schadensersatzansprüche angerechnet.

7.6 Umstellungsleistungen SAP S/4 HANA

- (1) Dem Auftragnehmer ist bekannt, dass der Auftraggeber das jetzige SAP ERP-System auf SAP S/4 HANA umstellen wird. Der Auftragnehmer wird die Einführung des DMS bzw. der Einführungsteilprojekte soweit möglich so durchführen, dass die Umstellung des DMS auf SAP S/4 HANA kostengünstig und ohne größeren Umstellungsaufwand möglich ist.
- (2) Die Leistungen für die Umstellung des DMS bzw. der Einführungsteilprojekte auf SAP S/4 HANA werden mit Zuschlagserteilung ausdrücklich noch nicht beauftragt, sondern der Auftraggeber ist berechtigt und behält sich vor, diese Leistungen

durch spätere gesonderte schriftliche Beauftragung separat und einzeln zu beauftragen (Abrufoption). Nach Abruf ist der Auftragnehmer zur Leistungserbringung verpflichtet. Insbesondere wird der Auftragnehmer nach Abruf des Auftraggebers das DMS bzw. die jeweiligen Einführungsteilprojekte auf die Nutzung mit SAP S/4 HANA umstellen und alle hierfür notwendigen und zweckdienlichen Leistungen erbringen.

- (3) Die Umstellung ist derzeit noch in Planung. Der Auftraggeber informiert den Auftragnehmer über den Zeitpunkt der Umstellung. Der Abruf der Umstellungsleistungen durch den Auftragnehmer sollte mind. [...] Monate vor geplanter Produktivschaltung von SAP S/4 HANA erfolgen.
- (4) Die Vergütung erfolgt gemäß Preisblatt (**Anlage 3**) nach Tagessätzen. Auf Anforderung des Auftraggebers ist der Auftragnehmer innerhalb von vier (4) Wochen verpflichtet, dem Auftraggeber eine verbindliche Aufwands- und Kostenschätzung für die Umstellungsleistungen vorzulegen.

§ 8 Schulungen

- (1) Der Auftragnehmer erbringt Schulungsleistungen in dem in der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**), im Kriterienkatalog (**Anlage 2**) sowie im Schulungskonzept des Auftragnehmers (**Anlage 5**) beschriebenen Umfang.
- (2) Schulungsleistungen werden als Dienstleistung im Sinne von § 611 BGB erbracht.
- (3) Der Auftragnehmer übergibt dem Auftraggeber die Schulungsunterlagen gemäß Kriterienkatalog (**Anlage 2**).

§ 9 Mitwirkungsobliegenheiten

- (1) Der Auftraggeber wird die nachfolgenden Mitwirkungsleistungen ohne Kosten für den Auftragnehmer erfüllen, soweit diese für die ordnungsgemäße Leistungserbringung des Auftragnehmers erforderlich sind:
 - a. Der Auftraggeber stellt dem Auftragnehmer die zur Leistungserbringung erforderlichen und vom Auftragnehmer angeforderten Informationen in angemessenem Format rechtzeitig und vollständig zur Verfügung und aktualisiert diese ggf. während der Leistungszeit. Für die Vollständigkeit und inhaltliche Richtigkeit der Informationen ist der Auftraggeber verantwortlich. Dem Auftragnehmer obliegt diesbezüglich keine Prüfungspflicht, weist jedoch auf festgestellte Mängel hin.
 - b. Der Auftraggeber weist den Auftragnehmer sowohl auf außergewöhnliche branchentypische oder unternehmensspezifische Erfordernisse und

Gepflogenheiten in Textform hin, soweit diese für die Leistungserbringung von Bedeutung sind. Selbiges gilt für außergewöhnliche branchentypische oder unternehmensspezifische gesetzliche und behördliche Vorschriften und Rahmenbedingungen.

- c. Der Auftraggeber erbringt die vereinbarten Pflichten durch fachlich qualifiziertes Personal.
 - d. Der Auftraggeber stellt dem Auftragnehmer die erforderliche Arbeitsplatzinfrastruktur zur Verfügung und gewährt dem Auftragnehmer den Zugriff auf die erforderlichen Systeme und Daten.
- (2) Bei den Mitwirkungsleistungen handelt es sich um Obliegenheiten des Auftraggebers. Zeitpunkte und Termine für Mitwirkungsleistungen und Beistellungen sind für den Auftraggeber nur bindend, wenn der Auftraggeber diese zumindest textlich bestätigt.
 - (3) Der Auftraggeber kann die ihm obliegenden Mitwirkungsobliegenheiten selbst erfüllen oder Dritte mit der Erfüllung beauftragen.
 - (4) Der rechtzeitige Abruf der Mitwirkungsleistungen des Auftraggebers liegt in der Verantwortung des Auftragnehmers. Die Erforderlichkeit von Mitwirkungsobliegenheiten und Beistelleleistungen sind durch den Auftragnehmer frühzeitig anzukündigen, mindestens mit einer Frist von 14 Kalendertagen.
 - (5) Soweit der Auftraggeber Mitwirkungsleistungen nicht oder nicht vertragsgemäß erbringt, ist der Auftragnehmer für Auswirkungen auf die Leistungserbringung für die Dauer der unterbliebenen Mitwirkung nur dann nicht verantwortlich, wenn und soweit
 - die jeweilige Mitwirkungsleistung rechtzeitig und konkret angefordert wurde, und
 - die Nichterfüllung der Mitwirkungsleistungen dafür ursächlich war, und
 - der Auftragnehmer den Auftraggeber unverzüglich auf das Erfordernis der Erbringung einer solchen Mitwirkungsleistung hingewiesen hat, sobald der Auftragnehmer erkannt hat, dass der Auftraggeber eine Mitwirkungsleistung nicht rechtzeitig erbringt; und
 - der Auftragnehmer die Leistungen trotz angemessener zusätzlicher eigener Anstrengungen nicht ohne die Mitwirkungsleistung erbringen kann.
 - (6) Erbringt der Auftraggeber seine Mitwirkungsleistungen, ist der Auftragnehmer verpflichtet, die betroffenen ausgesetzten Leistungen innerhalb einer

angemessenen Wiederanlaufzeit zu erbringen. Weitere Ansprüche des Auftragnehmers gegen den Auftraggeber aufgrund einer unterbliebenen Mitwirkung sind ausgeschlossen.

§ 10 Abnahme

10.1 Allgemein

- (1) Leistungen des Auftragnehmers unterliegen der Abnahme, wenn sie als Werkleistung erbracht werden oder eine Abnahme zwischen den Parteien vereinbart ist.
- (2) Teilabnahmen finden nur statt, wenn dies ausdrücklich zwischen den Parteien vereinbart wurde. Teilabnahmen erfolgen insbesondere in Bezug auf die Einführungsteilprojekte gemäß § 7.2 dieses Vertrages.
- (3) Freigaben stellen keine Abnahmen im rechtlichen Sinne dar.

10.2 Testverfahren

- (1) Der Auftragnehmer ist zur Unterstützung des Auftraggebers bei der Durchführung eines Testverfahrens verpflichtet. Er stellt das hierfür erforderliche Testsystem zur Verfügung.
- (2) Die Durchführung des Testverfahrens erfolgt zeitlich vor der Abnahmeprüfung bezogen auf jedes Einführungsteilprojekt. Nach erfolgreicher Durchführung des Testverfahrens und Beseitigung bzw. Umsetzung sämtlicher im Rahmen des Testverfahrens auftretenden Mängel und Optimierungsvorschläge des Auftraggebers erfolgt die Produktivsetzung des DMS bzw. des jeweiligen Einführungsteilprojekts. Das Testverfahren ersetzt die Abnahmeprüfung nicht und stellt ausdrücklich keine Abnahme dar.
- (3) Art und Umfang des Testverfahrens ergeben sich aus der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**), dem Kriterienkatalog (**Anlage 2**) und dem Testkonzept des Auftragnehmers (**Anlage 6**).

10.3 Abnahmeprüfung

- (1) Der Auftraggeber ist zur Abnahmeprüfung einer Leistung erst verpflichtet, wenn die jeweilige Leistung vollständig vorliegt, der Auftraggeber das Testverfahren erfolgreich durchgeführt hat und sämtliche im Rahmen des Testverfahrens auftretenden Mängel und Optimierungsvorschläge des Auftraggebers vollständig durch den Auftragnehmer beseitigt bzw. umgesetzt worden sind.

- (2) Im Rahmen der Abnahmeprüfung weist der Auftragnehmer nach, dass die Leistung die vertraglichen Anforderungen erfüllt. Der Auftraggeber prüft die Leistung daraufhin, ob die Leistung vollständig erbracht ist und den vertraglichen Anforderungen entspricht.
- (3) Die in der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) und im Kriterienkatalog (**Anlage 2**) beschriebenen Anforderungen an die Abnahme gelten ergänzend.

10.4 Ergebnisse der Abnahmeprüfung

- (1) Ist die Leistung vollständig erbracht und liegen keine oder nur unwesentliche Mängel vor, erklärt der Auftraggeber die Abnahme der Leistungen. Ein unwesentlicher Mangel liegt vor, wenn Abweichungen von den vertraglich vereinbarten Spezifikationen der Leistung keine wesentlichen Auswirkungen auf die Nutzung, Funktionalität und den Betrieb sowie die Wartungsfähigkeit des DMS haben.
- (2) Der Auftraggeber wird dem Auftragnehmer auftretende Mängel schriftlich mitteilen. Der Auftragnehmer hat aufgetretene Mängel in angemessener Frist, spätestens jedoch innerhalb von zehn (10) Tagen, unter Wahrung der Interessen des Auftraggebers zu beseitigen. Liegen abnahmehindernde Mängel vor, wird der Auftragnehmer die Leistung dem Auftraggeber erneut zur Abnahmeprüfung stellen, sobald der Auftragnehmer die Mängel beseitigt hat. Hat der Auftragnehmer die im Abnahmeprotokoll aufgeführten abnahmeverhindernden Fehler nachweislich beseitigt, gilt die Abnahme als erfüllt, es sei denn der Auftraggeber hat ein objektiv berechtigtes Interesse, dass aufgrund der Anzahl vorheriger identifizierten erheblichen Mängel, eine neue Abnahmeprüfung geboten ist. Die vereinbarten Leistungszeitpunkte werden durch eine solche Mängelbeseitigung nicht verändert. Die vorstehenden Regelungen zur Abnahmeprüfung gelten entsprechend. Weitergehende Rechte des Auftraggebers bleiben unberührt.
- (3) Wird die Abnahme verweigert, obliegt dem Auftraggeber eine erneute Abnahme erst dann, wenn der Auftragnehmer die Beseitigung der abnahmehindernden Mängel nachweist.
- (4) Nimmt der Auftraggeber die Leistung trotz bestehender Mängel ab, bleibt der Auftragnehmer zur Mängelbeseitigung, soweit im jeweiligen Angebot keine andere Frist vorgesehen ist, in angemessener Frist verpflichtet, wobei eine angemessene Frist nicht länger als zehn (10) Tage dauert. Insofern finden die Regelungen zur Gewährleistung Anwendung. Für etwaige Mängel, die im Abnahmeprotokoll festgehalten sind, gelten die Gewährleistungsrechte.

- (5) Für leichte Mängel, also Mängel, wenn die Nutzung des DMS ohne oder mit unwesentlichen Einschränkungen möglich ist, können die Parteien einvernehmlich längere Fristen vereinbaren.

10.5 Abnahmeprotokoll

- (1) Die Ergebnisse der Abnahmeprüfung sind vom Auftraggeber in einem Abnahmeprotokoll zu dokumentieren. Zudem sind etwaige Mängel im Abnahmeprotokoll festzuhalten.
- (2) Das Abnahmeprotokoll ist von beiden Parteien zu unterzeichnen.

10.6 Abnahmeerklärung

- (1) Der Auftraggeber erklärt die Abnahme oder verweigert die Abnahme in Textform innerhalb einer Frist von zehn (10) Tagen nach Abschluss der Abnahmeprüfung. Mit Zugang der Abnahmeerklärung beim Auftragnehmer gehen die Preis- und Leistungsgefahr auf den Auftraggeber über. Die Abnahme hat im Übrigen die gesetzlichen Wirkungen der Abnahme, soweit nichts anderes vereinbart.
- (2) Abnahmefiktionen sind ausgeschlossen.

10.7 Gesamtabnahme

Im Falle von Teilabnahmen findet mit der letzten abzunehmenden Teillieferung eine Gesamtabnahme statt. Die vorstehenden Regelungen dieses § 10 dieses Vertrages gelten entsprechend für die Gesamtabnahme.

§ 11 Vergütung

11.1 Allgemein

- (1) Der Auftraggeber zahlt dem Auftragnehmer die vereinbarte Vergütung für die Erbringung der Leistungen und die Erfüllung der sonstigen Pflichten des Auftragnehmers aus diesem Vertrag. Der Auftraggeber ist nicht verpflichtet, eine Vergütung zu bezahlen oder sonstige Aufwendungen zu erstatten, wenn dies nicht ausdrücklich als Pflicht des Auftraggebers in diesem Vertrag oder einem Angebot vereinbart worden ist.
- (2) Kosten- und Aufwandsschätzungen sind verbindlich, auch mit Blick auf den zu erwartenden Konkretisierungsaufwand der zu erbringenden Leistungen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Leistungen in den Grenzen der Kosten- bzw. Aufwandsschätzung zu erbringen.

- (3) Tagessätze verstehen sich jeweils für einen vollständigen Arbeitstag eines Beschäftigten; Mehrarbeit wird von dem Auftraggeber nicht vergütet. Es obliegt dem Auftragnehmer sicherzustellen, dass die Bestimmungen des Arbeitszeitgesetzes eingehalten werden.
- (4) Die vereinbarte Vergütung richtet sich nach dem Preisblatt (**Anlage 3**).

11.2 Vergütungsmodelle

11.2.1 Vergütung auf Basis von Zeit- und Materialaufwand mit Aufwandschätzung

- (1) Die Vergütung erfolgt auf Grundlage der tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden und des nachgewiesenen Materialaufwands. Die Stundensätze und Materialpreise sind im Preisblatt (**Anlage 3**) für die Vertragslaufzeit festgelegt.
- (2) Die im Preisblatt (**Anlage 3**) oder im Rahmen einer optionalen Beauftragung festgelegte Aufwandschätzung ist verbindlich. Die Vergütung erfolgt auf Basis der tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden und des eingesetzten Materials, jedoch innerhalb des in der Aufwandschätzung definierten Rahmens.
- (3) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, dem Auftraggeber monatlich eine detaillierte Abrechnung vorzulegen, die den Leistungszeitraum, die erbrachten Stunden sowie den eingesetzten Materialaufwand ausweist und welche der Freigabe durch den Auftraggeber unterliegt.
- (4) Überschreitungen der geschätzten Aufwände bedürfen der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers. Ohne diese Zustimmung werden zusätzliche Aufwände nicht vergütet.
- (5) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Auftraggeber unverzüglich zu informieren, wenn eine Überschreitung der geschätzten Aufwände absehbar ist, und geeignete Maßnahmen zur Minimierung vorzuschlagen.
- (6) Reisezeiten und -kosten sind mit den vereinbarten Stundensätzen abgegolten.

11.2.2 Vergütung auf Basis von Stückpreisen

- (1) Soweit im Preisblatt (**Anlage 3**) festgelegt, erfolgt die Vergütung auf Grundlage der festgelegten Stückpreise für die vereinbarten Liefergegenstände oder Leistungen (z. B. Lizenzen).

- (2) Die Abrechnung erfolgt entsprechend der tatsächlich abgenommenen Mengen, die der Auftraggeber schriftlich bestätigt.
- (3) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, dem Auftraggeber regelmäßig und rechtzeitig vorab ein Angebot über die benötigten Stückzahlen zu unterbreiten, sofern diese variieren können.
- (4) Änderungen der Stückpreise während der Vertragslaufzeit sind nur zulässig, wenn diese im Vertrag ausdrücklich geregelt sind oder einvernehmlich schriftlich vereinbart werden.

11.23 Vergütung auf Festpreisbasis

- (1) Soweit im Preisblatt (**Anlage 3**) festgelegt, ist für die Leistungen ein Festpreis vereinbart. Der Festpreis umfasst sämtliche zur ordnungsgemäßen Vertragserfüllung notwendigen Leistungen und Aufwendungen, einschließlich aller Material-, Reise- und sonstigen Nebenkosten, sofern diese nicht ausdrücklich ausgeschlossen sind.
- (2) Der Auftragnehmer trägt das Risiko etwaiger Mehrkosten, die durch höhere Aufwände oder andere unvorhergesehene Umstände entstehen.
- (3) Änderungen oder Erweiterungen des Leistungsumfangs bedürfen einer schriftlichen Vereinbarung. Der Festpreis ist in solchen Fällen entsprechend anzupassen.
- (4) Zahlungen erfolgen nach Abschluss der Leistung und Abnahme durch den Auftraggeber.

11.3 Budget-Monitoring und Aufwandssteuerung

- (1) Soweit die Vergütung auf Basis von Zeit- und Materialaufwand vergütet wird, hat der Auftragnehmer im Rahmen des Preisblatts (**Anlage 3**) eine schriftliche Aufwandschätzung vorzulegen. Diese Schätzung bildet die verbindliche Grundlage für die Budgetüberwachung. Zusätzlich legt der Auftragnehmer mit Angebotsabgabe eine detaillierte Aufschlüsselung der geplanten Arbeitsstunden, Ressourcen und Kosten je Einführungsteilprojekt vor. Für Optionale Leistungen legt der Auftragnehmer vor Beauftragung der Optionalen Leistung ebenfalls eine gesonderte verbindliche Aufwandsschätzung vor.
- (2) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Auftraggeber unverzüglich schriftlich zu informieren, wenn absehbar ist, dass der tatsächliche Aufwand die in der Aufwandschätzung festgelegten Werte überschreiten wird. Unterlässt der Auftragnehmer eine rechtzeitige Anzeige, trägt er die Mehrkosten für die überschießenden Leistungen. Darüber hinaus hat der Auftragnehmer den

Auftraggeber zu unterrichten, wenn 50 %, 80 % und 100 % der jeweiligen Aufwandsschätzung erreicht wurden.

- (3) Der Auftragnehmer hat im Rahmen der Lenkungsausschusssitzungen regelmäßig über den Status des Budgets zu berichten. Dies umfasst:
 - a. Eine Übersicht über die bisher angefallenen Kosten im Vergleich zur Aufwandschätzung.
 - b. Eine Prognose der noch zu erwartenden Kosten bis zum Abschluss des Projekts.
 - c. Begründungen für Abweichungen von der Aufwandschätzung.

Der Auftraggeber kann jederzeit zusätzliche Berichte oder Analysen verlangen, falls aus seiner Sicht das Risiko einer Budgetüberschreitung besteht.

- (4) Falls eine signifikante Budgetüberschreitung droht, ist der Auftragnehmer verpflichtet, einen konkreten Maßnahmenplan vorzuschlagen, um das Budget einzuhalten (z. B. Reduzierung nicht kritischer Anforderungen oder Umverteilung von Ressourcen).
- (5) Bei vereinbartem Festpreis ist der Auftragnehmer ebenfalls verpflichtet, den Auftraggeber zu unterrichten, wenn 50 %, 80 % und 100 % des jeweiligen Festpreises erreicht wurden. Zudem hat der Auftragnehmer im Rahmen der Lenkungsausschusssitzungen ebenfalls Bericht über den Status des Festpreis-Budgets zu erstatten, insbesondere eine Übersicht über die bisher angefallenen Kosten im Vergleich zum vereinbarten Festpreis.
- (6) Der Auftraggeber ist berechtigt, den Leistungsumfang jederzeit einseitig durch Erklärung in Schriftform zu reduzieren, insbesondere um die Einhaltung des Budgets sicherzustellen. Der Auftragnehmer hat die Auswirkungen der gewünschten Anpassung auf die Projektzeitpläne, Kosten und die Erreichung der Projektziele zu analysieren und dem Auftraggeber vorab schriftlich mitzuteilen.
- (7) Jeder Änderungswunsch des Auftraggebers, der über den ursprünglichen Leistungsumfang hinausgeht, bedarf einer angepassten Aufwandsschätzung durch den Auftragnehmer. Die angepasste Schätzung ist dem Auftraggeber rechtzeitig vorzulegen, bevor mit der Umsetzung der Änderungsleistung begonnen wird. Ohne vorherige Zustimmung des Auftraggebers trägt der Auftragnehmer die Mehrkosten der Änderungen.
- (8) Der Auftragnehmer bleibt für die Einhaltung des Budgets und die effiziente Nutzung der Ressourcen verantwortlich. Überschreitungen des Budgets, die auf

eine ineffiziente Leistungserbringung oder unzureichende Planung des Auftragnehmers zurückzuführen sind, gehen zu Lasten des Auftragnehmers.

11.4 Rechnungsstellung

- (1) Der Auftragnehmer stellt seine Rechnungen immer in der ersten Woche eines Monats monatlich rückwirkend für die im vorhergehenden Monat erbrachten Leistungen (soweit nach Zeit- und Materialaufwand abgerechnet wird) und angefallenen Lizenzkosten (Stückpreise).
- (2) Soweit ein Festpreis vereinbart ist, erfolgt die Rechnungsstellung nach Abnahme des jeweiligen Einführungsteilprojekts bzw. Meilensteins.
- (3) Der Auftragnehmer stellt eine einheitliche prüffähige Rechnung für alle erbrachten Leistungen, einschließlich der Leistungen etwaiger Subunternehmer.
- (4) Alle Rechnungen und ggf. notwendigen Rechnungsunterlagen sind entweder im Original in einfacher Ausfertigung in Papierform beim Auftraggeber einzureichen und an folgende Rechnungsadresse zu richten:

Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft mbH
Abteilung Organisationsentwicklung und IT
Wintergartenstr. 4, 04103 Leipzig

oder aber elektronisch im PDF-Format mit oben genannter Rechnungsadresse an folgende E-Mail-Adresse zu senden:

Rechnung@lwb.de

Bei elektronischer Rechnungsübersendung ist zu beachten, dass über die vorgenannte E-Mail-Adresse des Auftraggebers ausschließlich Rechnungen angenommen werden. Die E-Mail des Auftragnehmers hat sich auf die Übersendung der Rechnung zu beschränken, andere Mitteilungen finden keine Berücksichtigung. Jede Rechnung ist einzeln zusammen mit den ggf. notwendigen Rechnungsunterlagen in einem PDF-Dokument einzureichen. Die Größe der E-Mail nebst dem Rechnungsanhang Rechnung darf 15 MB nicht überschreiten. Die Absender-E-Mail-Adresse des Auftragnehmers muss Antworten empfangen können. Auf eine parallele Zusendung der Rechnung in Papier- und in elektronischer Form ist zu verzichten. Die Rechnung muss alle gesetzlich und durch die Finanzbehörden geforderten Angaben enthalten.

11.5 Zahlungsbedingungen

Der Auftraggeber zahlt alle Rechnungen innerhalb von 30 Tagen nach Zugang einer ordnungsgemäßen Rechnung.

11.6 Steuern

Alle Preise verstehen sich als Nettobeträge ohne Umsatzsteuer.

§ 12 Nutzungsrechte

12.1 Allgemein

- (1) Soweit sich aus diesem Vertrag, insbesondere aus nachfolgenden Regelungen, nicht ausdrücklich etwas anderes ergibt, verbleiben alle Rechte an geistigem Eigentum, z. B. Urheberrechte, gewerbliche Schutzrechte oder Know-how, die vor Abschluss des Vertrags bestanden haben, bei der Partei, die sie zu diesem Zeitpunkt innehatte.
- (2) Für die Einräumung der nachfolgend dargestellten Rechte wird von keiner Partei eine gesonderte Vergütung gezahlt.
- (3) Sämtliche Daten, die ihm Rahmen dieses Vertragsverhältnisses durch die Software und/ oder die Services des Auftragnehmers erzeugt werden, stehen ausschließlich dem Auftraggeber zu. Daten meint Zeichen, die Informationen verkörpern, die aufgrund ausdrücklicher oder konkludenter Absprache direkt oder indirekt erfasst werden können.

12.2 Nutzungsrechte an der DMS Cloud-Software

- (1) Der Auftragnehmer räumt dem Auftraggeber das nicht ausschließliche (einfache), nicht unterlizenzierbare, nicht übertragbare, zeitlich auf die Dauer dieses Vertrages und inhaltlich auf die vereinbarte Anzahl der Nutzer beschränkte Recht ein, das DMS in der Cloud sowie die zugehörige Dokumentation zu den in diesem Vertrag beschriebenen Zwecken zu nutzen. Der Auftraggeber darf das DMS nur vervielfältigen, soweit die Vervielfältigung zur Nutzung des DMS notwendig ist. Als notwendige Vervielfältigung gilt das Laden des DMS in den Arbeitsspeicher bzw. das Installieren eines für die Nutzung der Software erforderlichen Anwendungsprogrammes (Client). Das Nutzungsrecht umfasst insbesondere das Recht zur Nutzung des DMS durch den Auftraggeber, verbundene Unternehmen des Auftraggebers sowie Dienstleister des Auftraggebers sowie jeweils deren berechnigte Nutzer.
- (2) Der Auftraggeber verpflichtet sich, das DMS ausschließlich im vertraglich vereinbarten Umfang und nur für eigene Zwecke zu nutzen und nicht an Dritte weiterzugeben, zu vermieten oder anderweitig Dritten zugänglich zu machen. Der Auftraggeber ist insbesondere nicht berechnigt, das DMS zu modifizieren, zu bearbeiten, zu dekompilem, zu disassemblieren, zu duplizieren oder zurückzuentwickeln (Reverse Engineering).

- (3) Informationen, Markennamen und andere Inhalte des DMS dürfen ohne vorherige schriftliche Genehmigung des Auftragnehmers nicht verändert, kopiert, reproduziert, verkauft, vermietet (wobei unternehmensinterne Verrechnung gestattet ist), genutzt, ergänzt oder anderweitig genutzt werden. Neben den hierin ausdrücklich eingeräumten Nutzungsrechten werden dem Auftraggeber keine weiteren Rechte gleich welcher Art, insbesondere an dem Firmennamen und an gewerblichen Schutzrechten wie Patenten, Gebrauchsmustern oder Marken eingeräumt.
- (4) Sofern und soweit dies dem Auftraggeber vor Vertragsschluss mitgeteilt wurde, werden Softwareprodukte von Drittanbietern dem Auftraggeber gemäß den Bedingungen des Lizenzvertrags, der dem Softwareprodukt des Drittanbieters beiliegt, lizenziert. Wenn keine Lizenzvereinbarung mit dem Softwareprodukt eines Drittanbieters vorliegt, gewährt der Auftragnehmer dem Auftraggeber eine nicht ausschließliche, nicht übertragbare Lizenz, das Softwareprodukt des Drittanbieters nur für eigene interne Geschäftszwecke zu verwenden. Dieses Nutzungsrecht umfasst auch die Nutzung durch verbundene Unternehmen des Auftraggebers sowie Dienstleister des Auftraggebers. Diese Lizenz für Softwareprodukte von Drittanbietern unterliegt allen Beschränkungen und Einschränkungen, die für Softwareprodukte von Drittanbietern gelten. Sofern und soweit dies dem Auftraggeber vor Vertragsschluss mitgeteilt wurde, unterliegen Softwareprodukte, die im Rahmen eines Open-Source-Lizenzmodells bereitgestellt werden, ausschließlich diesen Open-Source-Lizenzbedingungen, die Vorrang vor diesem Vertrag haben.

12.3 Nutzungsrechte an Standardsoftware

Soweit der Auftragnehmer dem Auftraggeber im Rahmen der Leistungserbringung nach diesem Vertrag Standardsoftware zur Nutzung überlässt (z.B. Schnittstellen, On-Premise Lösungen bei hybridem Ansatz), gelten folgende Bedingungen:

- (1) Der Auftragnehmer räumt dem Auftraggeber mit Bereitstellung das nicht ausschließliche, mit der Einschränkung des Absatz 3 übertragbare, dauerhafte, unwiderrufliche und unkündbare, örtlich unbeschränkte, in jeder beliebigen Hard- und Softwareumgebung ausübbares Recht ein, die Standardsoftware zu nutzen, das heißt insbesondere dauerhaft oder temporär zu speichern und zu laden, sie anzuzeigen und ablaufen zu lassen. Dies gilt auch, soweit hierfür Vervielfältigungen notwendig werden. Soweit die Standardsoftware auf die Vertragslaufzeit beschränkt überlassen wird, erfolgt die Einräumung des Nutzungsrechts insoweit ebenfalls zeitlich beschränkt auf die Vertragslaufzeit.

- (2) Der Auftraggeber ist insbesondere berechtigt, die Software für eigene Geschäftszwecke zu verwenden. Dieses Recht umfasst insbesondere das Recht zur Nutzung der Software durch den Auftraggeber, verbundene Unternehmen des Auftraggebers sowie Dienstleister des Auftraggebers sowie jeweils deren berechnigte Nutzer.
- (3) Macht der Auftraggeber von seinem Recht zur Übertragung des Nutzungsrechts Gebrauch, hat er seine vertraglichen Verpflichtungen bezüglich Inhalt und Umfang der Nutzungsrechte dem Dritten aufzuerlegen. Mit der Übertragung an den Dritten ist der Auftraggeber nicht mehr zur Nutzung berechnigt. Nicht an den Dritten übergebene Kopien der Standardsoftware sind zu löschen. Der Auftraggeber ist jedoch nicht verpflichtet, etwaige Vervielfältigungen der Standardsoftware zu löschen, die im Rahmen der ordnungsgemäßen Datensicherung erstellt wurden. Zudem ist der Auftraggeber berechnigt, eine Kopie ausschließlich für Prüf- und Archivierungszwecke zu behalten und zu nutzen, soweit nichts anderes vereinbart ist.
- (4) Der Auftraggeber ist berechnigt, von der Standardsoftware eine Kopie zu Sicherungszwecken herzustellen. Die der Softwareverteilung zur bestimmungsgemäßen Nutzung oder der ordnungsgemäßen Datensicherung dienenden Vervielfältigungen der Standardsoftware sind Teil des bestimmungsgemäßen Gebrauchs.
- (5) Werden Anpassungen an der Standardsoftware auf Quellcodeebene vorgenommen, hat der Auftragnehmer spätestens mit der Angebotsabgabe mitzuteilen, ob er die Anpassungen in den Standard aufnehmen wird. Erklärt er dies, ist er verpflichtet, die Anpassungen in den auf die Abnahme folgenden Programmstand der Standardsoftware aufzunehmen. Erfolgt keine entsprechende Erklärung oder ist keine Aufnahme der Anpassungen in den Standard erfolgt, ist der Auftragnehmer verpflichtet, die Anpassungen auf Quellcodeebene im Quellcode und die unangepassten Teile der Standardsoftware im Objektcode so zu übergeben, dass der Auftraggeber in der Lage ist, mit entsprechend qualifiziertem Personal hieraus wieder die angepasste Standardsoftware zu erstellen. An dem zu übergebenden Quellcode erhält der Auftraggeber die Rechte für Individualsoftware.

12.4 Nutzungsrechte an Individualsoftware

Soweit der Auftragnehmer dem Auftraggeber im Rahmen der Leistungserbringung nach diesem Vertrag Individualsoftware dauerhaft zur Nutzung überlässt (z.B. Schnittstellen, Customizing), gelten folgende Bedingungen:

- (1) Der Auftragnehmer räumt dem Auftraggeber an individuell für den Auftraggeber entwickelter Software (einschließlich Schnittstellen) sowie sonstigen für den

Auftraggeber geschaffenen urheberrechtsfähigen Arbeitsergebnissen mit Bereitstellung das ausschließliche, unterlizenzierbare, örtlich unbeschränkte, in jeder beliebigen Hard- und Softwareumgebung ausübbarer, übertragbarer, dauerhafte, unwiderrufliche und unkündbare Recht zur Nutzung, Verwertung und Weiterentwicklung der Individualsoftware ein.

- (2) Das Nutzungsrecht bezieht sich auf die Individualsoftware in jeder Gestalt einschließlich des Entwurfsmaterials und erfasst die Individualsoftware in allen Ausdrucksformen, insbesondere in Quellcode und Objektcode. Quellcode meint den von einem Menschen lesbaren und interpretierbaren in einer Programmiersprache geschriebene Text eines Computerprogrammes, der erst nach einer elektronischen Übersetzung vom Computer verarbeitet werden kann. Objektcode meint den kompilierten Quellcode, der von einem Computer ausgeführt werden kann.
- (3) Das Nutzungsrecht bezieht sich auf alle Nutzungsarten, die zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses bekannt waren. Die bekannten Nutzungsarten umfassen insbesondere die Nutzung der Individualsoftware als Vollversion, Test- und Demoversion, Update- und Upgradeversion, Einzelplatz- oder Mehrplatzsoftware, die Nutzung innerhalb eines Netzwerks, die Client-Server-Installation, den Betrieb im Rechenzentrum, das Application Service Providing, den Software as a Service-Betrieb sowie im Wege des Cloud Computings. Ferner bezieht sich das Nutzungsrecht auf Nutzungsarten, die zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses unbekannt waren. Der Urheber kann die Rechtseinräumung in Hinblick auf neue Nutzungsarten oder die Verpflichtung hierzu widerrufen. Das Widerrufsrecht erlischt nach Ablauf von drei Monaten, nachdem der Auftraggeber die Mitteilung über die beabsichtigte Aufnahme der neuen Art der Nutzung an den Urheber unter der ihm zuletzt bekannten Anschrift abgesendet hat. Im Übrigen gelten die gesetzlichen Bestimmungen.
- (4) Das Nutzungsrecht umfasst
 - das Recht, die Individualsoftware zu vervielfältigen, d.h. die Individualsoftware vollständig oder teilweise mit jedem Mittel und in jeder körperlichen Form, die geeignet ist, die Individualsoftware den menschlichen Sinnen auf irgendeine Weise unmittelbar oder mittelbar wahrnehmbar zu machen, zu vervielfältigen; dies beinhaltet insbesondere dauerhafte Vervielfältigungen, z.B. auf der Festplatte, DVD oder CD-ROM, und vorübergehende Vervielfältigungen einschließlich des bloßen Programmablaufs;
 - das Recht, die Individualsoftware umzuarbeiten, d.h. die Individualsoftware vollständig oder teilweise zu übersetzen, zu bearbeiten, neu zu arrangieren,

die Individualsoftware zu portieren oder zu migrieren, Fehler zu berichtigen, den Funktionsumfang zu ändern oder zu ergänzen, zu installieren, von Quell- in Objektcode (und zurück) zu de-/kompilieren, in eine andere Programmiersprache zu übersetzen und mit anderen Computerprogrammen zu verknüpfen;

- das Recht, die Individualsoftware zu verbreiten, d.h. die Individualsoftware im Original oder als Vervielfältigungsstück, unverändert oder umgearbeitet, ganz oder teilweise in körperlicher Form öffentlich anzubieten und in Verkehr zu bringen, dies beinhaltet insbesondere das Anbieten zum Eigentums- oder Besitzerwerb auf einem Datenträger oder in Kombination mit Hardware;
 - das Recht, die Individualsoftware zu vermieten, d.h. die Individualsoftware entgeltlich und zeitlich befristet zum Gebrauch zu überlassen, unabhängig davon, wie die Vereinbarung mit dem Mieter vertragstypologisch ausgestaltet ist;
 - das Recht, die Individualsoftware öffentlich zugänglich zu machen, d.h. die Individualsoftware in allen unkörperlichen Formen wiederzugeben, dies beinhaltet insbesondere, die Individualsoftware online zu übertragen oder über das Internet zugänglich bzw. nutzbar zu machen, auszustellen oder aufzuführen; und
 - das Recht, Dritten Nutzungsrechte an der Individualsoftware einzuräumen, d.h. Dritten zu gestatten, die Individualsoftware, allein oder in Kombinationen mit anderen Computerprogrammen, im gleichen oder geringeren Umfang zu nutzen, wie der Käufer.
- (5) Der Auftraggeber kann das Nutzungsrecht ausüben, ohne den Auftragnehmer (erneut) zu informieren und ohne seine Zustimmung einzuholen. Verwendungen der Individualsoftware, für die kein Nutzungsrecht erforderlich ist, sind dem Auftraggeber ausdrücklich gestattet.
- (6) Das Nutzungsrecht ist vollständig oder in Teilen übertragbar. Der Auftraggeber ist insbesondere berechtigt, sein Nutzungsrecht vollständig oder in Teilen durch Dritte ausüben zu lassen, soweit diese in seinem Auftrag handeln, z.B. durch IT-Dienstleister, Rechenzentrumsbetreiber, Freelancer.
- (7) Der Auftraggeber räumt dem Auftragnehmer für die Laufzeit des Vertrags ein einfaches, nicht-übertragbares Recht zur Nutzung der Individualsoftware zur Erbringung der vertraglichen Leistungen ein.

12.5 Datenlizenz

- (1) Sämtliche Daten (im Sinne von § 25 dieses Vertrages), die ihm Rahmen dieses Vertragsverhältnisses durch das DMS und/ oder die Services des Auftragnehmers erzeugt werden, stehen ausschließlich dem Auftraggeber zu.
- (2) Der Auftraggeber räumt dem Auftragnehmer das Recht ein, Daten ausschließlich für Zwecke der Erbringung der Leistungen zu generieren, zu sammeln, zu speichern, zu analysieren, zu bearbeiten, zu korrigieren, mit weiteren Informationen anzureichern, (einschließlich etwaiger Analyseergebnisse) zu verwenden, ganz oder in Teilen (einschließlich etwaiger Analyseergebnisse) Dritten zur Verfügung zu stellen und auf sonstige Art und Weise zu verwerten. Der Auftragnehmer kann sich nicht auf sein Nutzungsrecht berufen, solange und soweit die Regelungen des Datenschutzes, Vereinbarungen über Nutzungsrechte oder Vertraulichkeitspflichten der Verfügung über die Daten entgegenstehen.

12.6 Dokumentation

Der Auftragnehmer räumt dem Auftraggeber an Dokumentation und sonstigen Informationsdokumenten das nicht-ausschließliche, dauerhafte Recht zur Nutzung ein. Dies schließt die Übergabe an Dritte (bspw. einen Nachfolgedienstleister) ein.

12.7 Urheberrechte der Mitarbeiter

Sofern Mitarbeiter des Auftragnehmers Miturheber sind, sichert der Auftragnehmer zu, dass diese auf die Ausübung ihrer Urheberpersönlichkeitsrechte zu Gunsten des Auftragnehmers verzichtet haben.

12.8 Ideen, Konzepte und Verfahrensweisen

Es bleibt den Parteien unbenommen, allgemeine Ideen, Konzepte und Verfahrensweisen, die im Zusammenhang mit der Erstellung und Implementierung der Leistungen entstehen, an denen aber keine geistigen Eigentumsrechte entstehen, weiterzuverwenden, soweit nicht andere Verpflichtungen aus diesem Vertrag, insbesondere die Vertraulichkeitsverpflichtung, entgegenstehen.

12.9 Zurückbehaltungsrechte des Auftragnehmers

Ein Zurückbehaltungsrecht des Auftragnehmers an den Daten des Auftraggebers ist ausgeschlossen. Der Auftragnehmer hat die Daten auf erstes Anfordern herauszugeben.

§ 13 Freistellung

13.1 Freistellung durch den Auftragnehmer

- (1) Der Auftragnehmer stellt den Auftraggeber und die verbundenen Unternehmen von allen Ansprüchen Dritter frei, die im Zusammenhang mit einer Verletzung geistiger Eigentumsrechte stehen und auf der Leistungserbringung oder sonstigen Pflichterfüllung des Auftragnehmers nach diesem Vertrag oder einer vertragsgemäßen Nutzung der Leistungsergebnisse durch den Auftraggeber oder die verbundenen Unternehmen beruhen. Die Haftungsbeschränkung gemäß § 15 dieses Vertrages findet keine Anwendung.
- (2) Der Auftraggeber informiert den Auftragnehmer unverzüglich, wenn ein Dritter einen solchen Anspruch geltend macht und unterstützt den Auftragnehmer in angemessenem Umfang bei der Abwehr der Ansprüche. Dem Auftraggeber durch die Rechtsverteidigung entstandene notwendige Gerichts- und Anwaltskosten gehen zu Lasten des Auftragnehmers.

13.2 Abhilfe

- (1) Wenn ein Anspruch geltend gemacht wird, der Gegenstand einer Freistellung nach der vorstehenden Regelung ist, oder wenn der Auftragnehmer Grund zur Annahme hat, dass das geschützte Rechtsgut Gegenstand eines Anspruchs sein könnte, so wird der Auftragnehmer
 - a. sich die erforderlichen Rechte zur Überlassung und Nutzung des geschützten Rechtsguts von einem solchen Dritten auf eigene Kosten sichern oder
 - b. das geschützte Rechtsgut auf eigene Kosten ersetzen oder anpassen, damit es nicht mehr die Rechte Dritter verletzt, vorausgesetzt, dass der Ersatz oder die Modifizierung die Funktion und Leistung des geschützten Rechtsguts nicht vermindert.
- (2) Die weiteren Rechte des Auftraggebers bleiben hiervon unberührt.

§ 14 Gewährleistung

14.1 Allgemein

- (1) Soweit nachfolgend nicht anders geregelt, leistet der Auftragnehmer Gewähr im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften.
- (2) Der Auftragnehmer setzt den Auftraggeber unverzüglich über alle Mängel der Leistungen in Kenntnis, von denen er erfährt.

- (3) Nach Erhalt der Mitteilung eines Mangels oder nach Kenntniserlangung von einem Mangel behebt der Auftragnehmer den Mangel innerhalb der vereinbarten Frist für den Auftraggeber kostenfrei.
- (4) Behebt der Auftragnehmer nicht innerhalb der vereinbarten Frist oder erbringt der Auftragnehmer die Leistung nicht vertragsgemäß, ist der Auftraggeber berechtigt, den Mangel selbst oder durch Dritte auf Kosten des Auftragnehmers beheben zu lassen bzw. die nicht vertragsgemäße Leistung vorzunehmen. Der Auftraggeber ist nicht verpflichtet, den Auftragnehmer vor der Selbstvornahme erneut zu benachrichtigen, wenn eine Fristsetzung erfolglos verstrichen ist. Weitergehende Ansprüche des Auftraggebers, einschließlich Schadensersatzansprüchen, bleiben unberührt.
- (5) Die Gewährleistungsfrist für die Leistungen beträgt 24 Monate nach Abnahme oder Übergabe.

14.2 Aufwendungs- und Schadenersatz

Sonstige Ansprüche, auch auf Schaden- oder Aufwendungsersatz, bleiben unberührt. Insoweit gilt die vereinbarte Haftungsbeschränkung nach nachfolgendem § 15 dieses Vertrages.

§ 15 Haftung

15.1 Allgemein

Die Parteien haften einander nach den gesetzlichen Vorschriften, soweit nachfolgend nicht etwas anderes bestimmt ist.

15.2 Haftungsbeschränkung

- (1) Vorbehaltlich der Bestimmungen unter § 15.3 dieses Vertrages ist die vertragliche und deliktische Haftung einer Partei für Schaden-, Aufwendungs- und Wertersatz aus oder im Zusammenhang mit diesem Vertrag gegenüber der anderen Partei pro Schadensfall beschränkt auf
 - a. einen Betrag, der 200 Prozent des Auftragswertes entspricht, oder
 - b. 5 Millionen Euro,je nachdem welcher Betrag höher ist.
- (2) Die vorstehende Haftungsbeschränkung gilt auch für die Haftung der Mitarbeiter, Vertreter und Organe der Parteien

- (3) Ein einheitlicher Schadensfall liegt vor, wenn die eingetretenen Schäden gleichzeitig und durch dieselbe Ursache, z.B. technischer, organisatorischer oder menschlicher Art, eingetreten sind, unabhängig davon, ob der Schaden in mehreren Bereichen oder Einheiten des Auftraggebers auftritt.

15.3 Unbeschränkte Haftung

Die Haftungsbeschränkung gemäß § 15.2 dieses Vertrages findet keine Anwendung in Bezug auf:

- a. Vorsatz,
- b. arglistige Täuschung,
- c. grobe Fahrlässigkeit,
- d. im Umfang einer übernommenen Garantie,
- e. die Verletzung von Leib, Leben oder Gesundheit,
- f. eine Freistellungspflicht,
- g. einen Verstoß gegen die Vertraulichkeitspflichten,
- h. Forderungen Dritter sowie Verstößen im Zusammenhang mit Arbeits-, Sozialversicherungs- und/oder Steuerrecht;
- i. Datenschutzverstöße und
- j. soweit die Haftung gesetzlich nicht beschränkt oder ausgeschlossen werden kann, insbesondere im Rahmen des Produkthaftungsgesetzes.

15.4 Geltendmachung von Schäden verbundener Unternehmen

Der Auftraggeber kann neben dem Ersatz eigener Schäden, Aufwendungen und Wertersatzes den Ersatz von Schäden, Aufwendungen und Wertersatz der mit dem Auftraggeber verbundenen Unternehmen durch Leistung an sich selbst verlangen, als ob es sich um eigene Schäden oder Aufwendungen oder Wertersatz handeln würde. Haftungsbeschränkungen zwischen den verbundenen Unternehmen finden zu Gunsten des Auftragnehmers keine Anwendung. Die vorstehend vereinbarten Haftungsbeschränkungen bleiben davon unberührt.

15.5 Versicherungspflicht

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, während der gesamten Laufzeit dieses Vertrags eine Betriebshaftpflichtversicherung bei einem namenhaften

Versicherungsunternehmen abzuschließen und aufrechtzuerhalten, die ausreichenden Versicherungsschutz für sämtliche Verpflichtungen und potenziellen Schäden aus und im Zusammenhang mit dem Vertrag bietet.

- (2) Die Versicherung muss mindestens eine Deckungssumme von 5 Millionen EUR je Schadensfall für Personen-, Sach- und Vermögensschäden je Versicherungsfall bei einer 2-fachen Jahresmaximierung vorsehen.
- (3) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, dem Auftraggeber auf dessen Anforderung hin jederzeit eine aktuelle Versicherungsbestätigung vorzulegen, die den bestehenden Versicherungsschutz nachweist.
- (4) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, den Auftraggeber unverzüglich schriftlich über Änderungen oder Kündigungen der Betriebshaftpflichtversicherung zu informieren, die den Versicherungsschutz beeinträchtigen könnten.
- (5) Die Verpflichtung zum Abschluss einer Betriebshaftpflichtversicherung stellt keine Begrenzung der Haftung des Auftragnehmers dar. Der Auftragnehmer haftet weiterhin in vollem Umfang gemäß den Bestimmungen dieses Vertrags.

§ 16 Höhere Gewalt

- (1) Ist ausschließlich ein Ereignis höherer Gewalt dafür ursächlich, dass eine Partei ihre Pflichten oder Obliegenheiten aus dem Vertrag nicht oder nicht vertragsgemäß erfüllen kann, ist diese betroffene Partei für die Dauer des Ereignisses höherer Gewalt und im Umfang von dessen Wirkung davon entbunden, ihre Pflichten oder Obliegenheiten zu erfüllen; eine Pflicht- oder Obliegenheitsverletzung hat die betroffene Partei nicht zu vertreten.
- (2) Ein Ereignis höherer Gewalt liegt vor, wenn ein betriebsfremdes, von außen durch elementare Naturkräfte oder durch Handlungen dritter Personen herbeigeführtes Ereignis, das nach menschlicher Einsicht und Erfahrung unvorhersehbar ist, mit wirtschaftlich verhältnismäßigen Mitteln auch durch die äußerste nach der Sachlage vernünftigerweise zu erwartende Sorgfalt nicht verhütet oder unschädlich gemacht werden kann und auch nicht wegen seiner Häufigkeit von der betroffenen Partei in Kauf zu nehmen ist. Ereignisse höherer Gewalt können zum Beispiel sein: Feuer, Überschwemmung, Erdbeben, Naturelemente, Kriegshandlungen, Unruhen, Terrorismus, Pandemien, Revolutionen in einem Land.
- (3) Die betroffene Partei wird die andere Partei unverzüglich informieren, wenn die betroffene Partei das Ereignis höherer Gewalt festgestellt hat. Die Information enthält zudem alle Angaben, die in zumutbarer Weise erwartet werden können, damit die andere Partei die Auswirkungen abschätzen kann, insbesondere

Angaben über die Ursachen, die Auswirkungen und die ergriffenen (Gegen-)Maßnahmen sowie die erwartete Dauer des Ereignisses höherer Gewalt. Die Informationen werden in regelmäßigen Abständen aktualisiert. Die betroffene Partei wird die andere Partei weiter über die Maßnahmen unterrichten, die die betroffene Partei ergriffen hat, um die Leistungen (wieder) erbringen zu können.

- (4) Haben die Parteien verbindliche Termine vereinbart und ist die Einhaltung der Termine aufgrund des Ereignisses höherer Gewalt nicht oder auch mit angemessenen zusätzlichen Anstrengungen nicht mehr möglich, verschieben sich die verbindlichen Termine um die Dauer des Ereignisses höherer Gewalt und zusätzlich einer angemessenen Wiederanlaufzeit von in der Regel zwei (2) Wochen.
- (5) Die betroffene Partei ist im Zweifel verpflichtet, nachzuweisen, dass die Voraussetzungen des vorstehenden Abs. 1 erfüllt sind. Gelingt der Nachweis nicht, hat die betroffene Partei Pflicht- oder Obliegenheitsverletzungen zu vertreten. Der anderen Partei stehen ihre vertraglichen oder gesetzlichen Ansprüche zu.
- (6) Solange die betroffene Partei davon entbunden ist, ihre Pflichten und/oder Obliegenheiten zu erfüllen, ist die andere Partei davon entbunden, die synallagmatischen Gegenleistungen zu erbringen; insbesondere eine Vergütung zu bezahlen.
- (7) Dauert das Ereignis höherer Gewalt länger als drei (3) Monate an, ist der Auftraggeber berechtigt, den Vertrag außerordentlich fristlos zu kündigen. Das Recht zur Kündigung kann mit Ablauf der Frist bis zum Ende des Ereignisses höherer Gewalt geltend gemacht werden. Im Fall der Kündigung sind dem Auftragnehmer die bis zur Kündigung erbrachten Leistungen zu vergüten.
- (8) Weitere gesetzliche Rechte und Ansprüche bleiben unberührt.

§ 17 Subunternehmer

- (1) Der Auftraggeber hat den Auftragnehmer aufgrund seiner Qualifikationen, Erfahrungen und Referenzen im Bereich des Vertragsgegenstands ausgewählt, um die Leistungen zu erbringen. Aus diesem Grund erbringt der Auftragnehmer die Leistungen grundsätzlich selbst. Er darf die Erfüllung seiner Pflichten aus dem Vertrag nicht an andere Personen weitergeben oder anderweitig delegieren, es sei denn, der Auftraggeber hat zuvor ausdrücklich schriftlich eingewilligt.
- (2) Der Auftragnehmer haftet für das Handeln der von ihm eingesetzten Subunternehmer wie für eigenes Handeln. Die Unterbeauftragung befreit den Auftragnehmer nicht von seiner Pflicht, die Bestimmungen des Vertrags

einzuhalten, insbesondere die Leistungen zu erbringen, und die Kontrolle über die Erbringung der Leistungen zu behalten.

- (3) Möchte der Auftragnehmer einen Subunternehmer einsetzen, teilt er dies dem Auftraggeber vorab mit einer angemessenen Frist von dreißig (30) Tagen unter Angabe der folgenden Informationen schriftlich mit:
 - der Name und die Adresse (bei Einzelpersonen „Freelancer“ nur in Abstimmung) des vorgeschlagenen Subunternehmers;
 - der Gegenstand der geplanten Leistungen oder sonstigen Verpflichtungen aus dem Vertrag, die der Auftragnehmer untervergeben möchte,
 - die technischen und fachlichen Qualifikationen des Subunternehmers,
 - ob, wie, wo und in welchem Umfang der Subunternehmer personenbezogene Daten verarbeitet, die (i) durch den Auftraggeber und die verbundenen Unternehmen erhoben, (ii) vom diesem im Wege einer Auftragsverarbeitung an den Auftragnehmer übergeben wurden oder (iii) von diesen an den Auftragnehmer übermittelt wurden, und
 - zusätzliche Informationen, die der Auftraggeber nach billigem Ermessen fordern kann, insbesondere (i) Details über den vorgeschlagenen Vertragsentwurf (jedoch ohne die Vereinbarungen hinsichtlich der Vergütung), und (ii) die Orte, an denen der Subunternehmer seine Leistungen erbringen möchte.
- (4) Hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber mitgeteilt, dass er einen Subunternehmer einsetzen möchte und dem Auftraggeber die gemäß vorstehendem Abs. 3 vorgesehen Informationen vollständig und fristgerecht mitgeteilt, prüft der Auftraggeber das Ansinnen des Auftragnehmers innerhalb angemessener Frist, die höchstens vierzehn (14) Tage beträgt. Lehnt der Auftraggeber die Unterbeauftragung ab, darf der Auftragnehmer den Subunternehmer nicht für die Leistungserbringung für den Auftraggeber einsetzen.
- (5) Die Einwilligung des Auftraggebers zum Einsatz eines Subunternehmers ist widerruflich.
- (6) Vorstehende Regelungen gelten entsprechend, wenn ein Subunternehmer seinerseits Subunternehmer einsetzen möchte.

§ 18 Projektorganisation

18.1 Mitteilungen

- (1) Die Parteien bestimmen im Rahmen der Projektorganisation (**Anlage 7**) Kontaktpersonen, die zur Entgegennahme von Informationen und Mitteilungen sowie zur Erteilung von Weisungen berechtigt sind.
- (2) Informations- und Mitteilungspflichten aus oder aufgrund dieses Vertrages sind erfüllt, wenn die Mitteilung einem der genannten Kontaktpersonen in Textform zugeht, soweit nicht ausdrücklich die Schriftform vereinbart ist. Eine Verpflichtung zur Information weiterer Personen besteht nicht; eine solche entsteht auch nicht dadurch, dass wiederholt Mitteilungen an andere, als die Kontaktpersonen gerichtet werden.
- (3) Eine Kommunikation per Fax ist ausgeschlossen.
- (4) Mitteilungen, die per E-Mail gesendet werden, gelten als am gleichen Arbeitstag am Empfangsort zugegangen, wenn sie innerhalb der üblichen Geschäftszeiten abgeschickt wurden, anderenfalls am nächsten Arbeitstag, falls keine fehlerhafte Übermittlung oder eine Abwesenheitsnotiz angezeigt wird.

18.2 Governance

- (1) Die Parteien definieren für die Durchführung der Leistungen nach diesem Vertrag verschiedene Rollen (z.B. Projektleiter) und die zugehörigen Aufgaben und Verantwortlichkeiten, die durch einen oder mehrere Mitarbeiter des Auftragnehmers und/oder des Auftraggebers zu erfüllen sind, sowie Kontaktdaten der Personen und ihrer Vertreter. Die Parteien halten die Rollen und ihre Zuordnung in der Projektorganisation (**Anlage 7**) fest.
- (2) Die Parteien vereinbaren eine Organisationsstruktur zur Durchführung der Leistungen unter diesem Vertrag. Die Organisationsstruktur dient dazu, auftretende Probleme schnell zu identifizieren, zu besprechen und eine Lösung zu finden, damit das Projekt weiter fortgeführt werden kann. Zu diesem Zweck legen die Parteien für Leistungen, welche keine Betriebsleistungen darstellen, die folgenden Gremien fest:
 - Lenkungsausschuss: Der Lenkungsausschuss beaufsichtigt die Projektleitung und ist ihr gegenüber weisungsbefugt.
 - Weitere Gremien können im Rahmen der Projektorganisation (**Anlage 7**) festgelegt werden.

- (3) Die Parteien vereinbaren in der Projektorganisation (**Anlage 7**) zudem die Durchführung von Abstimmungsrunden zu bestimmten Leistungsbestandteilen (z.B. Strategie und Planung, Review/Abnahme), deren Häufigkeit, Teilnehmer(gruppen) und Inhalten.
- (4) Sollten aus oder im Zusammenhang mit dem Vertrag Streitigkeiten oder Meinungsverschiedenheiten auftreten, werden die Parteien sich zunächst bemühen, diese nach dem Grundsatz von Treu und Glauben informell beizulegen. Gelingt dies nicht binnen angemessener Zeit, ist zur Klärung ein dreistufiger Eskalationsprozess vorgesehen, der von jeder Partei durch Mitteilung des Eskalationsgegenstands gegenüber der anderen Partei angestoßen werden kann:
 - a. Stufe 1 – Lenkungsausschuss: Der Eskalationsgegenstand wird im Lenkungsausschuss diskutiert.
 - b. Stufe 2 – Erweiterter Lenkungsausschuss: Kann im Lenkungsausschuss keine Einigung erzielt werden, ist der Lenkungsausschuss um weitere Entscheidungsträger zu erweitern. Dies bestimmt sich nach dem jeweiligen Eskalationsgegenstand (z.B. aus den Bereichen Informationssicherheit, Legal, Datenschutz, HR, etc.).
 - c. Stufe 3 – Mediation: Kann im erweiterten Lenkungsausschuss keine Einigung erzielt werden, treten die Parteien in ein Mediationsverfahren ein.

Die Einleitung des Eskalationsprozesses ist weder Voraussetzung für die Einleitung eines gerichtlichen Verfahrens, noch schließt die Einleitung des Eskalationsprozesses ein gerichtliches Verfahren aus.

18.3 Reporting

- (1) Der Auftragnehmer liefert an den Auftraggeber die im Kriterienkatalog (**Anlage 2**) vereinbarten Reports.
- (2) Das Reporting erfolgt in einem maschinenlesbaren Format.

§ 19 Change Requests

- (1) Der Auftraggeber ist berechtigt, Änderungen, Reduzierungen und/oder Erweiterungen der in den Leistungsscheinen vereinbarten Leistung zu verlangen. Der Auftragnehmer kann dem Auftraggeber ebenfalls Vorschläge zu Änderungen und/oder Erweiterungen unterbreiten.
- (2) Im Falle eines Änderungsverlangens des Auftraggebers muss der Auftragnehmer innerhalb von 5 Arbeitstagen mitteilen, ob der Auftragnehmer noch weitere Informationen für die Bewertung des Änderungsverlangens benötigt. Er wird

innerhalb einer angemessenen Frist mitteilen, ob die jeweilige Änderung möglich ist, welche Auswirkungen sie auf die Durchführung der im Einzelauftrag vereinbarten Leistung, auf Kosten und Termine hat. und ein entsprechendes Änderungsangebot unterbreiten, welches die im Preisblatt (**Anlage 3**) vereinbarten Preise zugrunde legt. Ein vom Auftragnehmer ausgehender Änderungsvorschlag soll ebenfalls diese Informationen enthalten und dem Auftraggeber in Form eines Änderungsangebots übermittelt werden. Der Auftragnehmer darf ein Änderungsverlangen nach diesem Absatz nur unter den Voraussetzungen des Abs. 4 ablehnen.

- (3) Solange die Annahme eines solchen Änderungsangebots des Auftragnehmers durch den Auftraggeber nicht vorliegt, gilt der bis dahin aktuelle Leistungsumfang unverändert weiter. Etwaige Leistungen, die erbracht werden, weil die Annahme des Änderungsangebots erwartet wird, erfolgen ausschließlich auf das Risiko und zu Lasten der erbringenden Partei.
- (4) Darüber hinaus kann der Auftraggeber jederzeit Änderungen des Leistungsumfangs verlangen. Der Auftragnehmer darf dieses Abänderungsverlangen nur ablehnen, wenn (1.) ihm dieses unmöglich ist, (2.) die Ausführung seine betriebliche Leistungsfähigkeit unzumutbar belastet und/oder (3.) das Abänderungsverlangen grob unbillig ist. Im Übrigen gelten die vorstehenden Regelungen entsprechend.
- (5) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, den Aufwand für geänderte Leistungen im Sinne des Auftraggebers soweit wie möglich zu begrenzen und möglichst gering zu halten.
- (6) Die Parteien dokumentieren Change Requests im ausreichenden Umfang.

§ 20 Laufzeit und Kündigung

20.1 Laufzeit

- (1) Dieser Vertrag hat eine Laufzeit von fünf (5) Jahren und beginnt mit der Zuschlagserteilung (Festlaufzeit).
- (2) Der Auftraggeber hat die zweimalige Option zur Verlängerung der Vertragslaufzeit um jeweils fünf (5) weitere Jahre (Optionslaufzeit). Die Option hat der Auftraggeber spätestens einen Monat vor Vertragsende auszuüben.
- (3) Nach Ablauf der Festlaufzeit und ggf. der Optionslaufzeit verlängert sich der Vertrag automatisch um weitere 2 Jahre, wenn er nicht mit einer Kündigungsfrist von einem Jahr zum Vertragsende von einer der Vertragsparteien gekündigt wird.

20.2 Ordentliche Kündigung

Die ordentliche Kündigung des Vertrags während der Festlaufzeit gemäß § 20.1 Abs. 1 dieses Vertrages und der Optionslaufzeit gemäß § 20.1 Abs. 2 dieses Vertrages ist ausgeschlossen. Hiervon unberührt bleiben etwaige Sonderkündigungsrechte des Auftraggebers und das Recht zur außerordentlichen Kündigung.

20.3 Sonderkündigungsrechte des Auftraggebers

Ungeachtet der vorstehenden Regelungen stehen den Auftraggeber die folgenden Sonderkündigungsrechte zu:

Der Auftraggeber kann den Vertrag nach dem Abschluss der Basisbereitstellung innerhalb von zwei Wochen, beginnend mit der Abnahme der Basisbereitstellung, mit einer Frist von weiteren zwei Wochen kündigen.

20.4 Außerordentliche Kündigung

- (1) Das Recht der Parteien zur außerordentlichen fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt.
- (2) Ein wichtiger Grund zur außerordentlichen fristlosen Kündigung durch den Auftraggeber liegt insbesondere, aber nicht nur vor, wenn:
 - a. über den Auftragnehmer einen Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens stellt oder ein solches mangels Masse nicht eröffnet wird; für den Fall der Kündigung aus Anlass eines eröffneten Insolvenzverfahrens gilt dies jedoch nur, wenn der Insolvenzverwalter von seinem Wahlrecht nach § 103 InsO – sollte ein solches bestehen – keinen Gebrauch macht;
 - b. der Auftragnehmer mit seiner Leistungserbringung mehr als zwei (2) Monate in Verzug ist;
 - c. eine vom Auftragnehmer zu vertretende Nicht-Verfügbarkeit des DMS erfolgt, welche über einen Zeitraum von mindestens 5 Werktagen andauert oder mehr insgesamt als 5 Werktage innerhalb eines Monats andauert;
 - d. der Auftragnehmer erheblich gegen eine Bestimmung des Vertrages verstößt und (i) eine solche Vertragsverletzung nicht innerhalb von fünfzehn (15) Kalendertagen nach einer entsprechenden Mitteilung des Auftraggebers an den Auftragnehmer geheilt wurde (vorsorglich wird angemerkt, dass mehrere nicht wesentliche Vertragsverletzungen in ihrer Gesamtheit eine wesentliche Vertragsverletzung darstellen können), oder (ii) eine solche Vertragsverletzung nicht heilbar ist;

- e. der Auftragnehmer Gegenstand (i) eines Kontrollwechsels (d.h. einer Übernahme durch ein anderes Rechtssubjekt als ein verbundenes Unternehmen von dem Auftragnehmer, durch die ein solches Rechtssubjekt direkt oder indirekt über fünfzig (50) Prozent aller Stimmrechtsanteile an den Auftragnehmer oder auf anderem Wege die Weisungsbefugnis über die Geschäftsleitung erlangt), oder (ii) einer Absonderung von Vermögenswerten, die zu einer Aufteilung der bestehenden Geschäftseinheiten führt, die an der Erbringung der Leistungen beteiligt sind, ist; jedoch unter dem Vorbehalt, dass der Auftragnehmer den Auftraggeber vor dem Eintritt solcher obigen Ereignisse in (i) oder (ii) um seine Zustimmung ersuchen kann;
 - f. der Auftragnehmer Subunternehmer ohne die vorherige Zustimmung des Auftraggebers beauftragt;
 - g. der Auftragnehmer Liefergegenstände liefert oder Leistungen erbringt, die Viren, Malware oder andere Programme enthalten, die eine potenziell schädliche Wirkung auf die IT-Infrastruktur des Auftraggebers haben;
 - h. der Auftragnehmer gegen die anwendbaren datenschutzrechtlichen Bestimmungen (insb. DSGVO und BDSG) oder die Pflichten zur Vertraulichkeit verstößt;
 - i. der Auftragnehmer gegen bei der Leistungserbringung zu beachtende Lizenzbestimmungen Dritter verstößt.
- (3) Der Auftraggeber kann die Kündigung auch nur auf einzelne Einführungsteilprojekte beschränken.
- (4) Der Auftragnehmer ist bei Eintreten folgender Situationen zur außerordentlichen Kündigung des Vertrages mit einer Frist von einem Monat zum Monatsende berechtigt:
- a. Der Auftraggeber befindet sich mit der Zahlung einer fälligen unbestrittenen Rechnung mehr als drei Monate in Verzug.

§ 21 Beendigungsunterstützung

21.1 Allgemein

Ziel der Parteien ist es, bei einem Wechsel des Auftragnehmers (sei es durch ordentliche oder außerordentliche Kündigung oder mit Vertragsablauf) einen geordneten und effizienten Übergang der Betriebsverantwortung auf den Auftraggeber oder einen durch diesen beauftragten Dritten sicherzustellen.

21.2 Unterstützung vor Vertragsende

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, den Auftraggeber in der Phase vor Vertragsende zu unterstützen und jegliche Störungen und Unterbrechungen bis zum Übergang auf den Auftraggeber oder den von ihm beauftragten Dritten zu minimieren. Dabei wird der Auftragnehmer Störungen des DMS während der Übergangsphase wie in der Betriebsphase beheben.

21.3 Reibungsloser Übergang

- (1) Der Auftragnehmer trifft alle erforderlichen Maßnahmen, um einen reibungslosen Übergang sicherzustellen, einschließlich der Bereitstellung von Daten und Dokumentationen in marktüblichem Format und Unterstützung bei der Implementierung eines Nachfolgesystems. Die Herausgabe der Daten des Auftraggebers erfolgt in einem durch den Auftraggeber zu bestimmenden gängigen Format und zu einem zwischen den Parteien zu vereinbarenden Stichtag. Ein Zurückbehaltungsrecht des Auftragnehmers im Hinblick auf die Daten und Dokumentationen ist ausgeschlossen. Im Übrigen gilt § 25 dieses Vertrages.
- (2) Soweit im Rahmen der Leistungsergebnisse des Auftragnehmers Individualsoftware für den Auftraggeber erstellt wurde, ist der Auftragnehmer zur Übergabe des Quellcodes in Bezug auf die Individualsoftware (nebst Quellcodedokumentation) verpflichtet.

21.4 Zusammenarbeit bei der Überführung

Unabhängig vom Grund der Vertragsbeendigung werden die Parteien zusammenarbeiten, um eine ordnungsgemäße Überführung der Leistungen vom Auftragnehmer auf den Auftraggeber oder einen von diesem benannten Nachfolgedienstleister sicherzustellen.

21.5 Fortführung der Leistungen nach Vertragsende

Auf Anforderung des Auftraggebers erbringt der Auftragnehmer die vertragsgegenständlichen Leistungen für bis zu zwölf (12) Monate nach Vertragsende zu den vereinbarten Konditionen.

21.6 Erbringung von Zusatzleistungen für die Überführung

Zusatzleistungen für die Überführung werden durch den Auftraggeber gesondert beauftragt. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, alle beauftragten Zusatzleistungen, die zu einer effizienten und fristgerechten Übergabe erforderlich sind, innerhalb der ihm möglichen Kapazitäten und im Rahmen seines Leistungsspektrums zu erbringen.

21.7 Vergütung

Der Auftraggeber vergütet nachgewiesene Leistungen im Rahmen der Beendigungsunterstützung gemäß der im Preisblatt (**Anlage 3**) für optionale Leistungen vereinbarten Tagessätze.

§ 22 IT-Sicherheit

- (1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, angemessene technische und organisatorische Maßnahmen nach dem Stand der Technik zu ergreifen und für die Laufzeit des Vertrags aufrechtzuerhalten, um die IT-Sicherheit und die Sicherheit und Vertraulichkeit von Informationen und Daten, die zwischen den Parteien ausgetauscht werden und/oder die der Auftragnehmer für die Leistungserbringung gegenüber dem Auftraggeber nutzt („Informationen und Daten“), zu gewährleisten. Diese Verpflichtung bezieht sich auf sämtliche Bereiche der Geschäftstätigkeit des Auftragnehmers die mit der Leistungserbringung in Zusammenhang stehen und von denen ein Einfluss auf die IT-Sicherheit und/oder die Sicherheit und Vertraulichkeit von Informationen und Daten nicht ausgeschlossen werden kann. Der Auftragnehmer stellt insbesondere sicher, dass unbefugte Dritte nicht auf Systeme oder Daten, die im Zusammenhang mit der Leistungserbringung stehen, zugreifen können und dass Daten, die an den Auftraggeber übermittelt oder in dessen Systemen genutzt werden, sowie das DMS unbeschädigt und frei von Viren oder sonstiger Schadsoftware sind. Der Auftragnehmer führt regelmäßige Schulungen seiner Mitarbeiter zur IT-Sicherheit durch und verpflichtet diese schriftlich auf die Einhaltung von IT-Sicherheitsrichtlinien. Dies weist der Auftragnehmer dem Auftraggeber auf Anfrage nach.
- (2) Soweit der Auftragnehmer zur Erbringung der Leistungen auf Vorleistungen von Dritten oder Subunternehmer zurückgreift ist der Auftragnehmer verpflichtet, zu gewährleisten, dass diese Vorleistungen bzw. Subunternehmer ebenfalls die Anforderungen des Abs. 1 erfüllen.
- (3) Der Auftragnehmer wird angemessene Maßnahmen implementieren, um interne und externe Schwachstellen für die IT-Sicherheit und die Sicherheit und Vertraulichkeit von Informationen und Daten zu identifizieren und zu beheben. Als angemessene Maßnahmen gelten unter anderem die Durchführung von internen und externen Sicherheitsaudits oder die Durchführung von Penetrationstests. Der Auftragnehmer wird die Angemessenheit der Maßnahmen nach Abs. 1 bis 3 regelmäßig überprüfen.
- (4) Der Auftraggeber ist berechtigt, die Umsetzung der angemessenen technischen und organisatorischen Maßnahmen nach Abs. 1 bis 3 bei dem Auftragnehmer auf eigene Kosten zu kontrollieren oder durch einen im Einzelfall zu benennenden neutralen Dritten kontrollieren zu lassen. Kontrollen sind rechtzeitig im Vorfeld

anzumelden und erfolgen während der Geschäftszeiten des Auftragnehmers. Der Auftraggeber wird hierbei auf betriebliche Abläufe des Auftragnehmers angemessen Rücksicht nehmen. Der Nachweis der Umsetzung geeigneter Maßnahmen kann auch durch Vorlage aktueller Testate, Berichte oder Berichtsauszüge unabhängiger Instanzen (z.B. Wirtschaftsprüfer, Revision, Qualitätsauditoren) oder einer geeigneten Zertifizierung durch ein Informationssicherheitsaudit (z.B. nach DIN ISO/IEC 27001 oder BSI-IT-Grundschutz) erbracht werden. Beauftragt der Auftraggeber einen Dritten mit der Durchführung der Kontrolle, hat der Auftraggeber den Dritten schriftlich auf die Verschwiegenheit und Geheimhaltung zu verpflichten, es sei denn, dass der Dritte einer beruflichen Verschwiegenheitspflicht unterliegt.

- (5) Erlangt der Auftragnehmer Kenntnis von Anhaltspunkten, die darauf hinweisen, dass die IT-Sicherheit und/oder die Sicherheit von Informationen oder Daten durch einen IT-Sicherheitsvorfall beeinträchtigt sein können, wird der Auftragnehmer den Auftraggeber unverzüglich darüber informieren; dies gilt auch für Vorfälle in der Sphäre der Lieferkette des Auftragnehmers. Die Information enthält alle wesentlichen Umstände, die für eine sachgerechte Bewertung des IT-Sicherheitsvorfalls durch den Auftraggeber erforderlich sind. Die Information wird durch den Auftragnehmer regelmäßig und unverzüglich aktualisiert, sollten neue Erkenntnisse vorliegen.
- (6) Kommt es zu einem IT-Sicherheitsvorfall in der Sphäre des Auftragnehmers, der die IT-Sicherheit oder die Sicherheit und Vertraulichkeit von Informationen und Daten des Auftraggebers beeinträchtigen kann, weist der Auftragnehmer dem Auftraggeber nach, (i) dass der Auftragnehmer angemessene Maßnahmen nach Abs. 1 bis 3 implementiert hat und (ii) dies nicht ausreichend war, um den IT-Sicherheitsvorfall zu vermeiden, oder (iii) – soweit (ii) nicht gelingt - dass die fehlende oder unzureichende Umsetzung der Maßnahmen nach Abs. 1 bis 3 nicht ursächlich dafür war, dass die IT-Sicherheit oder die Sicherheit und Vertraulichkeit von Informationen und Daten beeinträchtigt wurde. Dem Auftraggeber steht es frei, auf dieser Grundlage weitere Rechte geltend zu machen.
- (7) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, während der Vertragslaufzeit eine Versicherung gegen Fremdschäden aufgrund von IT-Sicherheitsverletzungen in angemessener Versicherungshöhe aufrechtzuerhalten.
- (8) Im Übrigen gelten die Anforderungen des Kriterienkatalogs (**Anlage 2**).

§ 23 Business Continuity Management

23.1 Allgemein

Der Auftraggeber ist darauf angewiesen, im Rahmen des täglichen Geschäftsverlaufs jederzeit die Leistungen des Auftragnehmers beziehen zu können. Der Auftragnehmer ist daher verpflichtet, für typische Fälle, in denen er an der Erbringung seiner Leistungen gehindert sein kann, einschließlich höherer Gewalt (nachfolgend zusammengefasst „**Behinderungsfall**“), eine angemessene, regelmäßig zu aktualisierende Notfallplanung vorzuhalten und Sicherheitsmaßnahmen zu implementieren, die dem Auftragnehmer im Behinderungsfall die vertragsgemäße Erbringung seiner Leistungen gestattet („**Business Continuity Management/BCM**“).

23.2 Notfallpläne

- (1) Wesentliche Elemente der Notfallpläne sind neben dem Vorhalten eines Geschäftsfortführungs- bzw. Geschäftswiederaufnahmeplans auch die Festlegung der Kommunikationswege für Notfälle. Die vorgesehenen Maßnahmen müssen jeweils den gesetzlichen Anforderungen und etablierten Markt- und Qualitätsstandards entsprechen.
- (2) Der Auftragnehmer hat bei der Ausgestaltung seiner Notfallplanung etwaige Notfallkonzepte des Auftraggebers angemessen zu berücksichtigen.
- (3) Der Auftragnehmer wird seine Notfallplanung regelmäßig überprüfen und ggfs. anpassen, sowie den Auftraggeber über eine Anpassung unverzüglich informieren. Die Anpassung der Notfallpläne darf das zuvor geltende Sicherheitsniveau nicht unterschreiten.
- (4) Auf Verlangen des Auftraggebers ist die Notfallplanung unverzüglich nachzuweisen.

23.3 Maßnahmen im Notfall

- (1) Der Auftragnehmer informiert den Auftraggeber unverzüglich unter Angabe aller relevanten Informationen (einschließlich der Art und die voraussichtliche Dauer der Beeinträchtigung) über den Verdacht eines Behinderungsfalls.
- (2) Der Auftragnehmer ergreift bei Eintritt eines Behinderungsfalls alle angemessenen Maßnahmen, um negative Konsequenzen für den Auftraggeber so gering wie möglich zu halten und setzt die geltende Notfallplanung um.

§ 24 Datenschutz

- (1) Die Parteien halten jeweils die gesetzlichen datenschutzrechtlichen Bestimmungen ein, soweit diese auf den Vertrag und die jeweiligen Leistungen Anwendung finden.
- (2) Verarbeitet der Auftragnehmer personenbezogene Daten im Auftrag des Auftraggebers, schließen die Parteien einen Vertrag zur Auftragsverarbeitung gemäß Art. 28 Abs. 3 DSGVO (**Anlage 8**).
- (3) Im Übrigen gelten die Anforderungen des Kriterienkatalogs (**Anlage 2**).

§ 25 Datenzugangsrechte

- (1) "Daten" im Sinne dieser Regelung sind alle digitalen Informationen und Datensätze, einschließlich etwaiger Metadaten,
 - a) die der Auftraggeber als seine gekennzeichnet hat (z.B. durch Tags, Metadaten),
 - b) die sich auf den Auftraggeber beziehen,
 - c) die in den für den Auftraggeber betriebenen Systemen gespeichert sind, unabhängig davon, ob sie physisch oder logisch von anderen Mandanten getrennt sind,
 - d) die der Auftraggeber dem Auftragnehmer direkt oder indirekt zur Verfügung stellt (z.B. durch Nutzung der Services),
 - e) die der Auftragnehmer für den Auftraggeber erzeugt, verarbeitet oder speichert, oder
 - f) die während der Nutzung der Services durch den Auftraggeber erzeugt werden.

Dies schließt Dokumente (insbesondere Textdokumente, Exceldateien und Präsentationen), E-Mails, Datenbankinhalte sowie Bild- und Tondaten ein, die direkt im Zusammenhang mit der vertraglichen Leistung stehen. Dies gilt unabhängig vom Ort oder System der Speicherung.

- (2) Der Auftraggeber hat das Recht, jederzeit während der Laufzeit des Vertrages die vollständige oder teilweise Herausgabe aller seiner Daten zu verlangen.
- (3) Um es dem Auftraggeber zu ermöglichen, die gewünschten Daten genau zu benennen, ist der Auftragnehmer verpflichtet, dem Auftraggeber auf Anforderung unverzüglich, längstens innerhalb von drei (3) Werktagen, die notwendigen

Auskünfte zu erteilen. Nach Anforderung des Auftraggebers erfüllt der Auftragnehmer diese Auskunft erteilen, indem er

- a) ein detailliertes Dateninventar oder einen Datenkatalog vorlegt, der die Daten des Auftraggebers mit allen relevanten Inhalten, wie identifizierende Bezeichnung, Inhalt, Speicherort und Format, wiedergibt, und
- b) Metadaten bereitstellt, die die Daten identifizierend mit den relevanten Inhalten beschreiben, und
- c) detaillierte Dokumentationen und Datenmodelle vorlegt, die die Struktur, Beziehungen und das Schema der gespeicherten Daten beschreiben, und
- d) direkten Zugang zu den Datenmanagementsystemen gewährt.

Der Auftragnehmer gewährleistet durch die erforderlichen Maßnahmen, dass er während der Vertragslaufzeit stets in der Lage ist, die Auskünfte wie vorstehend dargestellt, zu erfüllen.

- (4) Die Parteien sind sich einig, dass dem Auftragnehmer keine Rechte oder Rechtspositionen in Bezug auf die Daten des Auftraggebers zustehen, insbesondere keine geistigen Eigentumsrechte. Ebenso wenig stellen die Daten des Auftraggebers Geschäftsgeheimnisse oder vertrauliche Informationen des Auftragnehmers dar. Zur Vermeidung von Zweifel, verzichtet der Auftragnehmer auf jedes Recht und jede Rechtsposition an den Daten des Auftraggebers, unabhängig davon, wodurch diese begründet wird.
- (5) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die technischen und organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen, die eine jederzeitige vollständige oder teilweise Herausgabe der Daten des Auftraggebers ermöglichen.
- (6) Die Herausgabe der Daten erfolgt in einem standardisierten, elektronischen und marktüblichem Format, das dem Auftraggeber eine angemessene Weiterverarbeitung und Nutzung ermöglicht. Bevorzugte Formate sind CSV, JSON oder XML, sofern nicht anders vereinbart. Dies kann durch den Auftraggeber im Einzelfall festgelegt werden.
- (7) Die angeforderten Daten sind dem Auftraggeber durch den Auftragnehmer innerhalb von maximal fünf (5) Werktagen nach Erhalt der Aufforderung zur Datenherausgabe zu übermitteln. Die Übermittlung kann erfolgen, indem der Auftraggeber die Daten unmittelbar aus den Systemen des Auftragnehmers oder von einem anderen sicheren Onlinespeicherplatz herunterlädt oder die Daten auf einem standardisierten und marktüblichen sowie aktuellen Datenträger übergeben werden. Für die sichere Speicherung der Daten bis zur Übergabe ist der Auftragnehmer verantwortlich.

- (8) Alle Kosten für die Herausgabe der Daten sind in der generellen Vergütung enthalten. Es fallen keine zusätzlichen Gebühren für die Herausgabe der Daten an den Auftraggeber an.
- (9) Der Auftragnehmer darf die Herausgabe der Daten unter keinen Umständen verweigern, verzögern oder an zusätzliche Bedingungen knüpfen. Dies schließt den Verzicht auf jegliche Zurückbehaltungsrechte ein.

§ 26 Vertraulichkeit

26.1 Definitionen und Grundsätze

- (1) Die Bezeichnung "**vertrauliche Informationen**" umfasst sämtliche nachfolgende Informationen des Offenlegenden:
 - Informationen, die, sofern sie in schriftlicher, elektronischer oder anderer materieller Form vorliegen oder als permanente oder gedruckte Aufzeichnungen in gleich welcher Form gespeichert oder aufbewahrt werden, als "Vertraulich" gekennzeichnet sind;
 - Informationen, die, sofern sie mündlich weitergegeben werden, unmittelbar vor der mündlichen Weitergabe als "Vertraulich" bezeichnet werden; sowie
 - Informationen, die zum Zeitpunkt der Offenlegung oder Kenntnisnahme aufgrund der Umstände der Weitergabe oder ihrer Natur als vertraulich erkennbar sind, insbesondere (aber nicht beschränkt auf) alle geschäftlichen Informationen, die sich auf Produkte, Konzepte, Verfahren, Betriebsmethoden, IT-Assets, Kunden, Lieferanten, Personal, Konten, Kosten, Geschäftsplanung und -prozesse sowie administrative, finanzielle oder vertriebsbezogene Aktivitäten des Offenlegenden beziehen.
- (2) Als vertrauliche Informationen gelten auch Gegebenheiten, die der einen Partei bei Besichtigung von Anlagen oder Einrichtungen der anderen Partei visuell zugänglich werden.
- (3) Vertrauliche Informationen sind nicht Informationen, die
 - dem Empfänger nachweislich vor Offenbarung durch den Offenlegenden in rechtmäßiger Art und Weise bekannt oder der Öffentlichkeit zugänglich waren oder später zugänglich geworden sind, ohne dass der Empfänger hierfür verantwortlich war, oder
 - unabhängig entwickelt wurden, oder

- dem Empfänger von einem dazu berechtigten Dritten in rechtmäßiger Art und Weise ohne Auferlegung einer Vertraulichkeitsverpflichtung zugänglich gemacht worden sind, oder
 - in Leistungsergebnissen (z.B. Dokumentationen) enthalten sind, die der Auftragnehmer dem Auftraggeber auf Grundlage dieses Vertrags zur Verfügung stellt; der Auftragnehmer ist berechtigt, diese Leistungsergebnisse einem Dritten zur Verfügung zu stellen, wenn dies für die Übernahme oder Erbringung der Leistungen des Dritten für den Auftraggeber oder ein verbundenes Unternehmen erforderlich ist.
- (4) Der Begriff des „**Offenlegenden**“ bezeichnet jeweils den Auftraggeber für die vertraulichen Informationen des Auftraggebers oder den Auftragnehmer für vertrauliche Informationen des Auftragnehmers. „**Empfänger**“ ist die jeweils andere Partei, die die vertraulichen Informationen vom Offenlegenden erhält.
- (5) Der Offenlegende bleibt Eigentümer der von ihm übergebenen Vertraulichen Informationen bzw. Inhaber der damit verbundenen gewerblichen Schutzrechte. Die Übergabe von vertraulichen Informationen an den Empfänger stellt in keiner Art und Weise eine Übertragung bzw. Einräumung von Rechten, insbesondere von Nutzungs- und Verwertungsrechten an den übergebenen vertraulichen Informationen dar, es sei denn, der Vertrag enthält ausdrücklich eine abweichende Regelung.

26.2 Vertraulichkeitsverpflichtung

- (1) Der Empfänger ist verpflichtet, sämtliche vertrauliche Informationen, die er im Zusammenhang mit diesem Vertrag erhält, streng vertraulich zu behandeln. Vertrauliche Informationen sind vom Empfänger mit derselben Sorgfalt zu behandeln, die er zum Schutze seiner eigenen Informationen vergleichbarer Natur aufwendet, mindestens jedoch mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmannes.
- (2) Alle dem Empfänger zur Verfügung gestellten vertraulichen Informationen sind dem Zugang Dritter unzugänglich zu halten. Vertrauliche Informationen dürfen ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Offenlegenden weder veröffentlicht noch vervielfältigt, noch Dritten zugänglich gemacht, oder zu einem anderen als dem ursprünglich vorgesehenen Zweck benutzt werden. Der Empfänger ist verpflichtet, den Offenlegenden unverzüglich zu informieren, wenn er Kenntnis davon erlangt oder den begründeten Verdacht hat, dass vertrauliche Informationen unbefugt weitergegeben worden sind.
- (3) Der Auftragnehmer ist nicht berechtigt, vertrauliche Informationen, die der Auftragnehmer von dem Auftraggeber erhalten hat, für eigene geschäftliche Zwecke zu verwenden oder diese für Wettbewerber des Auftraggebers zu

verwenden. Dies umfasst auch solche Informationen, welche im Zuge der Durchführung des Vertrags – gleich von welcher Partei – erarbeitet werden.

26.3 Zulässige Offenbarung

- (1) Falls der Empfänger von Behörden oder Gerichten verpflichtet wird, vertrauliche Informationen ganz oder teilweise offen zu legen, wird der Offenlegende hiervon unter Benennung der jeweils zu offenbarenden vertraulichen Informationen, der empfangenden Stelle und der Rechtsgrundlage der Offenbarungspflicht unverzüglich in Kenntnis gesetzt, damit eine einstweilige Verfügung oder andere geeignete Schutzmaßnahmen erwirkt werden können oder auf die Einhaltung der Bestimmungen dieses Paragraphen verzichtet werden kann. Falls eine solche einstweilige Verfügung oder andere Schutzmaßnahmen nicht erlassen werden oder falls auf die Einhaltung der Bestimmungen dieses § 26 dieses Vertrages nicht verzichtet wird, wird der Empfänger vertrauliche Informationen nur insoweit offenlegen, als er hierzu rechtlich verpflichtet ist.
- (2) Der Empfänger ist berechtigt, vertrauliche Informationen an Rechtsanwälte, Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, externe Berater und vergleichbare Dritte weiterzugeben, soweit diese Dritten von dem Empfänger schriftlich zur Vertraulichkeit verpflichtet werden oder auf Grund eines Gesetzes im mindestens vergleichbaren Umfang zur Verschwiegenheit verpflichtet sind.
- (3) Der Auftraggeber ist ferner berechtigt, vertrauliche Informationen des Auftragnehmers an verbundene Unternehmen weiterzugeben, soweit dies zur Durchführung des Vertrags oder zur Nutzung der Leistungen erforderlich ist.
- (4) Der Auftragnehmer ist berechtigt, vertrauliche Informationen des Auftraggebers an seine mit der Durchführung dieses Vertrags unmittelbar oder mittelbar befassten Mitarbeiter und etwaige Subunternehmer weiterzugeben, soweit dies im Rahmen der Leistungserbringung erforderlich ist. Die Mitarbeiter und Subunternehmer sind nach einer den Bestimmungen dieser Vertraulichkeitsverpflichtung entsprechenden schriftlichen Verpflichtung zur Vertraulichkeit zu verpflichten, soweit dies nicht in vergleichbarer Art und Weise im Rahmen eines Arbeitsvertrags oder eines Vertrags erfolgt ist. Mitarbeiter sind sowohl Arbeitnehmer als auch Mitarbeiter ohne Arbeitnehmerstatus (z.B. freie Mitarbeiter, Zeitarbeitskräfte etc.). Auf Anforderung des Auftraggebers sind entsprechende Nachweise vorzulegen.

26.4 Rückgabe und Löschung

- (1) Der Empfänger stellt sicher, dass mit Ausscheiden von Mitarbeitern, die im Zusammenhang mit diesem Vertrag bzw. der Durchführung dieses Vertrags maßgebliche Wissensträger sind, alle Zugangs-, Zugriffs- und Zutrittsrechte entzogen werden und der unbefugte Zugang zu vertraulichen Informationen somit

unterbunden wird. Dieselbe Verpflichtung trifft den Auftragnehmer bezogen auf die genehmigten Subunternehmer.

- (2) Der Empfänger ist (vorbehaltlich anderweitiger Regelungen im Rahmen der Beendigungsunterstützung) verpflichtet, nach entsprechender Aufforderung durch den Offenlegenden sämtliche Unterlagen, Datenträger oder sonstige Materialien, die vertrauliche Informationen enthalten („**Vertrauliche Unterlagen**“), jederzeit, spätestens bei Beendigung dieses Vertrags, unverzüglich zu vernichten (einschließlich der Löschung von in Datenverarbeitungsanlagen gespeicherter Daten) oder unverzüglich an den Offenlegenden zurückzugeben und keine Kopien, Auszüge oder Vervielfältigungen hiervon zurückzuhalten. Dies gilt nicht, soweit er gesetzlich zur Aufbewahrung verpflichtet ist und den Offenlegenden hierüber informiert. Die Einhaltung dieser Verpflichtung wird der Empfänger schriftlich bestätigen. Im Fall der Vernichtung von Vertraulichen Unterlagen wird der Empfänger auf Wunsch einen entsprechenden Nachweis erbringen. Die Geltendmachung eines Zurückbehaltungsrechtes an den Vertraulichen Unterlagen ist ausgeschlossen.

26.5 Laufzeit

Diese Geheimhaltungsverpflichtung gilt nach Beendigung dieses Vertrags fort.

26.6 Vertragsstrafe

Für jeden Fall der Verletzung einer der in diesem § 26 dieses Vertrages genannten Vertraulichkeitsverpflichtung verpflichtet sich der Auftragnehmer zur Zahlung einer Vertragsstrafe, wobei die Höhe der Vertragsstrafe nach billigem Ermessen des Auftraggebers bestimmt wird und die Angemessenheit der Vertragsstrafe der gerichtlichen Überprüfung unterliegt. Das Recht der Parteien, einen höheren Schaden geltend zu machen, bleibt unberührt. Die Vertragsstrafe wird jedoch auf solch einen Schaden angerechnet.

§ 27 Referenznennung

Die Verwendung des Namens des Auftraggebers zu Referenz- oder anderen Zwecken durch den Auftragnehmer bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung durch den Auftraggeber. Eine erteilte Zustimmung kann jederzeit ohne Angabe von Gründen von dem Auftraggeber widerrufen werden.

§ 28 Schlussbestimmungen

- (1) Für diesen Vertrag gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des Übereinkommens der Vereinten Nationen vom 11. April 1980 über Verträge über den internationalen Warenkauf (CISG) sowie unter Ausschluss der

Verweisungsregelungen des deutschen internationalen Privatrechts in seiner jeweils gültigen Fassung.

- (2) Ausschließlicher Gerichtsstand für sämtliche Streitigkeiten aus und im Zusammenhang mit diesem Vertrag ist Leipzig.
- (3) Sollten eine oder mehrere Bestimmungen dieses Vertrages oder eine künftige in ihm aufgenommene Bestimmung ganz oder teilweise ungültig, unwirksam, undurchführbar oder nicht durchsetzbar sein oder werden, beeinträchtigt ein solcher Mangel nicht die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen des Vertrages. Das gleiche gilt, soweit sich herausstellen sollte, dass der Vertrag eine Regelungslücke enthält. Den Vertragsparteien ist die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs bekannt, wonach eine salvatorische Erhaltensklausel lediglich die Beweislast umkehrt. Es ist jedoch der ausdrückliche Wille der Parteien, die Wirksamkeit der übrigen Vertragsbestimmungen unter allen Umständen aufrechtzuerhalten und damit § 139 BGB insgesamt abzubedingen. An Stelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmungen oder zur Ausfüllung der Lücke soll eine angemessene Regelung gelten, die, soweit rechtlich möglich, dem am nächsten kommt, was die Vertragsparteien gewollt haben oder nach dem Sinn und Zweck des Vertrages gewollt hätten, sofern sie bei Abschluss dieses Vertrages oder bei der späteren Aufnahme einer Bestimmung den Punkt bedacht hätten. Beruht die Nichtigkeit einer Bestimmung auf einem darin festgelegten Maß der Leistung oder der Zeit (Frist oder Termin), so ist die Bestimmung mit einem dem ursprünglichen Maß am nächsten kommenden rechtlich zulässigen Maß zu vereinbaren.
- (4) Sollte eine Unrechtmäßigkeit, Unwirksamkeit oder Undurchsetzbarkeit so wesentlich sein, dass sie die Erfüllung des Zwecks dieses Vertrags verhindert, nehmen die Parteien unverzüglich Verhandlungen auf, um nach Treu und Glauben dieser Unrechtmäßigkeit, Unwirksamkeit oder Undurchsetzbarkeit abzuhelpfen.
- (5) Soweit dieser Vertrag eine Erklärung in Schriftform verlangt, sind telekommunikative Übermittlungen, wie etwa Emails oder Faxe, nicht ausreichend. § 127 Abs. 2 BGB findet insoweit keine Anwendung.
- (6) Soweit dieser Vertrag für eine Erklärung nicht ausdrücklich die Schriftform vorsieht oder Textform vorschreibt, kann die Erklärung mittels E-Mail an einen autorisierten Empfänger der anderen Partei abgegeben werden.
- (7) Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform. Gleiches gilt für die Aufhebung dieses Schriftformerfordernisses. Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrags sind ausschließlich im Wege des Vertragsänderungsverfahrens zu vereinbaren. Keine Vertragspartei kann sich auf eine vom Vertrag abweichende tatsächliche Übung berufen, solange diese Abweichung nicht schriftlich vertraglich fixiert ist.

- (8) Dieser Vertrag ersetzt alle vorherigen mündlichen oder schriftlichen Verständigungen, Gewährleistungen, Verpflichtungen, Vereinbarungen oder Zusicherungen zwischen den Parteien in Bezug auf den Gegenstand dieses Vertrags.

ENTWURF

Unterschriften

Ort, Datum / Place, Date

[...]

Ort, Datum / Place, Date

[...]

ENTWURF

Anlagenverzeichnis *[wird vor Vertragsunterzeichnung ausgefüllt]*

Anlage 1

Anlage 2

Anlage 3

...

ENTWURF